



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 535

Einwohnerratssitzung vom Montag, 03. November 2025, 19.00 Uhr

Anwesend	38 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Delia Moldovanyi, Reto Ramstein	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Fidanci Baran, SP, als Ersatzmitglied	3514
2.	Teilrevision Polizeireglement (PoR); 2. Lesung	3458
3.	Sondervorlage über CHF 1'200'000 als Kostendach für den Neubau und Umzug HUB Pratteln	3509
4.	Sondervorlage von CHF 763'000 als Kostendach für die Umzüge/IT-Ausstattungen/Möblierungen Neubau Gemeindezentrum und Bibliothek	3510
5.	Formulierte Gemeindeinitiative Bankgewinn-Initiative	3512
6.	Nichtformulierte Gemeindeinitiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden	3513
7.	Fragestunde	535
8.	Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Prüfung digitale Personendaten der Gemeindeangestellten	3482
9.	Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Prüfung weiterer Kooperationen mit umliegenden Gemeinden	3483

- | | | |
|-----|---|------|
| 10. | Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Labels der Gemeinde Pratteln: Verzicht | 3505 |
| 11. | Verfahrenspostulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Teilrevision ER-Geschäftsreglement: Anpassung § 16 Fraktionen | 3506 |
| 12. | Postulat, U/P, Billie Grether, Postulat für ein kommunales Sportanlagenkonzept | 3507 |
| 13. | Beantwortung Interpellation, Fraktion der U/G, Bernhard Zwahlen, Bahnersatzverkehr, Station Salina Raurica | 3508 |

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Guten Abend miteinander, ich begrüsse alle herzlich zur 535. Einwohnerratssitzung heute im KUSPO. Ich möchte zuerst noch Ambra Bianchi begrüssen. Sie ist für Kurt Lanz nachgerutscht. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 26 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 29 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- 3515 Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Business Case für den möglichen Standort des Kantonsspitals BL in Pratteln
- 3516 Interpellation, U/P, Patrick Weisskopf, Kunst ums und im Fröschmattschulhaus

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

- Das bereinigte Geschäftsverzeichnis wird ohne Gegenstimme genehmigt.

1. Nr. 3514

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Fidanci Baran, SP, als Ersatzmitglied

://: In stiller Wahl wird Baran Fidanci, SP, gewählt.

2. Nr. 3458

Teilrevision Polizeireglement (PoIR); 2. Lesung

GR Stefan Löw: Wir kommen zur zweiten Lesung der Revision des Polizeireglements. In der ersten Lesung ist das unproblematisch durchgegangen, es hat noch ein paar Fragen gegeben, die sind jetzt beantwortet worden und der Gemeinderat bittet Sie, auch in der zweiten Lesung, dieser Teilrevision des Polizeireglements zuzustimmen.

Emil Job: Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen. Wir haben das noch einmal sehr genau diskutiert und sind der Meinung, dass man diesen Artikel stehen lassen sollte und den Teil in der Verordnung, die über die Kompetenz des Gemeinderates ist, regeln sollte.

Patrick Eichenberger: Nach intensiven Beratungen sind wir zum Schluss gekommen, dass das nicht die Antwort darauf sein kann, wie wir in Pratteln mit den Fahrenden umgehen. Ich möchte ein bisschen ausholen und möchte zuerst darauf aufmerksam machen, dass wir als Schweizer BürgerInnen eine historische Verantwortung für die Fahrenden haben. Diese Verantwortung ergibt sich nicht nur, aber auch und vor allem durch das Hilfswerk in «Hilfswerk Kinder der Landstrasse». Hilfswerk bedeutet in dem Fall, dass wir den Fahrenden zwischen 1926 und 1972 rund 600 Kinder weggenommen haben und sie zwangsumerzogen haben und zum Teil unter schlimmsten Umständen. Der Bundesrat hat unterdessen anerkannt, dass es sich dabei um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt und hat den Kantonen und Gemeinden auf den Weg gegeben, sie sollen die Fahrenden und ihre Kultur besonders schützen und ihnen Raum zur Verfügung stellen für ihre Lebensweise.

Aus dieser historischen Verantwortung kann man natürlich keine rechtliche Verpflichtung für Pratteln ableiten, das ist mir auch klar, aber zumindest eine moralische. Die Fahrenden sind seit Jahren hier und wenn wir die Fahrenden in Zukunft wegweisen, dann werden wir ihre Lebensweise weiter prekarisieren und das ist ganz sicher nicht mit dieser Verantwortung in Verbindung zu bringen. Wenn wir das Polizeireglement ändern, haben wir nichts erreicht, sondern das Problem eigentlich nur verschoben und mit Problem meine ich keineswegs nur die Fahrenden, sondern auch unseren Umgang mit ihnen. Natürlich braucht es eine Lösung, das ist uns allen klar, der gegenwärtige Zustand ist ziemlich verfahren. Es gibt aber tatsächlich bereits Gemeinden, die das besser machen als wir. Man müsste nur ein bisschen die Augen offenhalten und ein bisschen rundherum schauen. Ich erinnere an Wittinsburg, die einen sehr schönen Durchgangsplatz unterdessen hat oder auch die Gemeinde Schachen in Aargau.

Was müssen wir also machen, damit es besser läuft? Ganz einfach, man muss den Fahrenden Infrastruktur bereitstellen und schon ist eigentlich das Problem gelöst. Was in unserer Fraktion nicht ganz unumstritten ist, aber möglicherweise auch ein Teil der Lösung sein könnte, dass man den Standplatz nur den Schweizer Fahrenden zugänglich macht. Es ist nämlich tatsächlich so, dass die meisten Beschwerden, die Fahrenden mit ausländischen Kennzeichen betreffen. Unsere Überzeugung ist, dass wir zuerst einmal alle alternativen Möglichkeiten ausschöpfen müssen, bevor wir eine Verschärfung des Polizeireglements ins Auge fassen. In dem Sinne stelle ich den Antrag auf Rückweisung.

Christoph Zwahlen: Die Diskussion ist frei zum Antrag von Patrick Eichenberger.

Patrick Weisskopf: Auch ich habe mich in der ersten Lesung dafür eingesetzt, dass wir diesen Paragraphen so belassen, wie er ist und das würde einer Rückweisung entsprechen. Wir sollten den Fahrenden nicht die Türe vor der Nase zuschlagen, es braucht Standplätze. Wir können immer noch unterscheiden zwischen Transit- oder Standplätzen. Die Dauer ist dann ausschlaggebend: Mit nur 21 Tagen ist es ein Transitplatz und wenn es länger gehen sollte, dann ist es ein Standplatz. Wir offerieren das ja nur im Winter. Es ist klar, dass es eine Benutzerordnung braucht und wir wissen auch, wie schwierig es ist, diese durchzusetzen. Das bisherige Engagement schätzen wir sehr. Was wir aber hätten besser machen können, ist, mit den Vereinen der Fahrenden zusammenzuarbeiten, weil auch die unterstützen können. Die Benutzerverordnung könnte so angepasst werden, dass es auch für uns einfacher wird. Ich denke zwar nicht, dass wir jetzt gerade gross in die Infrastruktur investieren wollen, das werden wir vermutlich auch nicht können, aber es ist doch dann ein zusätzlicher Standplatz hier, der den Leuten helfen kann. Es gibt zu wenige Standplätze. Wir würden hier Hand bieten, damit etwas weitergehen kann, was schon eine lange Tradition hat. Wir könnten auch die Nutzergruppen einschränken, das wird bei anderen Plätzen gemacht und so kann man das sicher aufrecht erhalten.

GR Stefan Löw: Die Ausgangslage ist noch genau die gleiche wie in der ersten Lesung. Ich will darauf hinweisen, dass das eigentlich eine Kantonsaufgabe ist. Wir haben in unserer Gemeinde genug andere Aufgaben. Die uns gestellten Fragen haben wir beantwortet. Wir haben

eine umfassende Benutzerverordnung. Sie datiert vom 2. April 2002 mit Stand vom 1. Oktober 2006. Ich gehe davon aus, dass Sie Kenntnis des Inhalts dieser Benutzerverordnung haben. Die Reglemente sind den Fahrenden bekannt und sie werden ihnen vermittelt, wenn sie hier sind. Es ist nicht so, als ob sie sie nicht kennen würden. Das zeigt halt oft keine Wirkung. Sie befolgen sie einfach nicht und legen sie dementsprechend aus, wie sie für sie stimmen. Weitere Regelungen und Ergänzungen werden darum die Situation wahrscheinlich nicht verändern und/oder verbessern. Wenn die Fahrenden dann auf dem Standplatz sind, sind die Möglichkeiten zur Beeinflussung ihres Verhaltens sehr gering. Auch mit polizeilichen Massnahmen sind wir sehr eingeschränkt bei der Durchsetzung. Die Fahrenden halten sich an eine Verzögerungstaktik und das weitere Vorgehen wird mit Ausreden und nicht eingehaltenen Versprechungen sabotiert. Ich habe kein Verständnis für dieses Verhalten. Auch für andere Fahrende, die dann auf diesen Platz zurückkehren wollen, finde ich das unmöglich. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass sie bei ihnen zu Hause, solche Gäste tolerieren würden und sie trotzdem immer wieder einladen. Das geht einfach nicht und ist ein unhaltbarer Zustand. Ich bitte daher, dass sie die Vorlage nicht zurückweisen und das Polizeireglement so korrigieren.

Mauro Pavan: Ich habe es an der ersten Lesung schon angetönt. Der Gemeinderat macht sich die Sache ein bisschen einfach und das kristallisiert sich jetzt gerade noch einmal heraus. Ja, wenn ich Gäste bei mir zu Hause habe, die sich danebenbenehmen, dann lade ich die nicht mehr ein. Das ist selbstverständlich. Deswegen komme ich aber nicht zum Schluss, dass ich überhaupt keine Gäste jemals wieder zu mir einlade, das ist ja völlig absurd. Es mag sein, dass das eine Kantonsaufgabe ist. Für den Gemeinderat Pratteln ist es sehr bequem, wenn der Kanton sagt, wir haben Standplätze im Kanton Basel-Land und Frenkendorf ist einer und Pratteln keiner mehr. Somit können wir uns einfach elegant aus der Affäre ziehen. Wir streichen einfach einen Passus aus dem Reglement und haben jetzt halt einfach gar keine Möglichkeit, überhaupt eine Bewilligung zu erteilen. Wenn der Kanton Basel-Land gefunden hätte, Pratteln muss einen Standplatz zur Verfügung stellen, dann nimmt es mich wunder, wie GR Stefan Löw dann argumentieren würde. Genau darum sehen wir, dass es einen Handlungsbedarf gibt. Es ist ein Rückweisungsentscheid, weil es sich der Gemeinderat nicht so einfach machen soll, sondern eine vernünftige Lösung liefern. Die Fahrenden, die bisher keine Probleme gemacht haben, dürfen weiterhin irgendwo hinkommen und dann muss man das halt anders formulieren. Deshalb bitte ich euch, den Rückweisungsantrag von Patrick Eichenberger zu unterstützen.

Billie Grether: Ich möchte das auch noch einmal untermauern und bitte, die Vorlage so abzulehnen. Ich fände es gut, wenn der Gemeinderat eine Verordnung macht, die sinnstiftend ist. Sicher ist das nicht einfach. Menschen, welche immer nur mit Ablehnung konfrontiert sind, haben auch ihre Strategien, sich zu wehren. Es ist wichtig, dass man hier Profis mit ins Boot holt. Gerade den Kanton aber auch Bund kann man anvisieren, um geeignete Stellplätze zu finden. Es geht doch schlicht um ein Menschenrecht. Wenn jemand bei uns gegen Regeln verstösst, bspw. Lärm oder Feuerwerk ablassen, können wir auch nicht einfach sagen, dass sie von Pratteln weggehen sollen und nie mehr kommen dürfen. Pratteln soll hier in ein anderes Horn blasen und mutig sein, damit die Fahrenden hier sein können.

Olivier Bally: Nur CH-Fahrende mit CH-Schildern hineinzunehmen, das wäre für mich Diskriminierung. Für mich ist das hier ein Grundsatz. Wenn jemand in die Schweiz kommt, hat dieser Rechte und Pflichten, ob das jetzt ein Ausländer oder ein Schweizer ist und muss sich daranhalten. Wenn sich halt die Leute nicht daranhalten, dann muss man sie auch zurückweisen. Ein bisschen weit gebe ich Mauro Pavan recht. Diejenigen, welche sich gut vertragen oder ihre Sache richtig machen, die kann man ja wieder reinlassen. Wenn wir jedes Mal filtrieren und sagen, die kommen wieder, die können nicht kommen, das ist für mich wieder eine Diskriminierung. Ich bleibe beim Grundsatz, dass wir das Polizeireglement ein bisschen verschärfen. Ich bin einverstanden, wenn man bessere Plätze hat, wenn man etwas mit dem Kanton machen kann, aber grundsätzlich im Moment muss man das. Im Sinn der ganzen Bevölkerung, dass man einfach Rechte und Pflichten einhält und nichts anderes.

Urs Schneider: Es ist wirklich nicht so einfach und ich weiss, dass die Fahrenden eine lange Tradition in Pratteln haben und immer eigentlich willkommen gewesen sind. Mit der Änderung des Polizeireglements spürt man auch eine gewisse Ohnmacht der Verwaltung, dem ganzen Verhalten dieser Fahrenden gegenüber. Ich schaue das jetzt so ein bisschen als letzten Schuss an. Man hat anscheinend über Jahre Probleme und Sorgen und auch wenn man das Gespräch sucht und verschiedene Sachen zur Verfügung stellt. Aus meiner Sicht wird von den Fahrenden nicht geschätzt, was wir für sie leisten. Vorhin ist etwas zum Feuerwerk erwähnt worden. Dort wollen wir ja auch das Polizeireglement vielleicht noch verschärfen. Wegen ein paar wenigen leiden dann auch wieder viele andere. Genau das Gleiche wäre hier jetzt auch: Wegen denen, die sich nicht an unsere Vorgaben halten, darf am Schluss keiner mehr kommen. Das ist zwar «brutal», aber wahrscheinlich gibt es eben keine andere Lösung. Wir werden dem Rückweisungsantrag so nicht zustimmen und der Ohnmacht des Gemeinderates helfen, das Problem zu lösen.

Mauro Pavan: Ich finde es immer noch richtig, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen und Olivier Bally hat das jetzt gerade noch einmal bestätigt. Ja, selbstverständlich wäre das eine Diskriminierung, wenn man sagt, diejenigen mit den ausländischen Autonummern dürfen nicht mehr kommen und die mit den Schweizer Autonummern, die bis jetzt nach allem, was ich vom Gemeinderat gehört habe, weniger Probleme gemacht haben, die dürfen immer noch kommen. Aber wenn man dann schlussfolgert, weil die aus Frankreich angereisten Probleme gemacht haben, dass man keine Fahrenden mehr haben will und keinen Fahrenden einen Standplatz bietet, dann ist das eine Diskriminierung einer ganzen Volksgruppe. Genau darum muss man das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, damit er mit einer vernünftigen Lösung kommt. In der Ohnmacht einfach zu sagen, wir stecken jetzt den Kopf in den Sand und dann lassen wir halt niemand mehr hier hin, das kann es nicht sein. Dann hat der Gemeinderat einfach seinen Job nicht gemacht.

Patrick Eichenberger: Ich möchte Bezug nehmen auf das, was Patrick Weisskopf gesagt hat, keine weiteren Ressourcen für die Fahrenden. Das ist der Kern eigentlich von dem, was passieren müsste, damit die Fahrenden genug Ressourcen haben, sprich Toiletten, sprich Stromanschluss, um überhaupt Menschenwürdig hier leben zu können und nicht irgendwelche Stromableitungen basteln, bis das ganze Stromnetz zusammenfällt. Man könnte das natürlich durchaus dann auch wieder ausgleichen mit einer Standplatzgebühr, die leicht erhöht ist. Insofern ist das keine Kostenfrage, die uns Kopfzerbrechen machen sollte. Es stimmt nicht, dass alle Fahrenden sich nicht ans Reglement halten, das ist einfach nicht wahr. Ein Problem ist, dass unterdessen auch die Schweizer Fahrenden überhaupt nicht mehr auf den Standplatz kommen, weil sie nämlich mit den französischen Fahrenden einen solchen Krach haben. Es geht wahrscheinlich auch um das problematische Zusammenleben zwischen den Schweizer und den französischen Fahrenden. In dieser Diskussion vermisste ich, dass niemand vom Gemeinderat in den letzten Jahren irgendwelche Kontakte aufgenommen hat zu Organisationen der Fahrenden. Herr Röthlisberger von der Geschäftsstelle Stiftung für Schweizer Fahrende hat nichts gewusst von einem Gemeinderat in Pratteln. Er hat gemeint, dass der Kanton Basel-Land sehr zuvorkommend ist oder sehr stark gewillt ist, eine Lösung mit der Gemeinde Pratteln zu finden, nur hat einfach offensichtlich die Gemeinde Pratteln noch nichts in dieser Hinsicht unternommen. Darum sind wir mit diesem Geschäft nicht einverstanden und weisen es zurück. Da muss eine andere Lösung kommen.

Didier Pfirter: Ich fürchte, wir reden über eine «Chimäre», vor allem von der linken Ratsseite. Wenn ich den Gemeinderat richtig verstanden habe, und ich möchte ihn bitten, mich zu korrigieren, falls ich das falsch verstanden habe, gibt es gar keinen Bedarf für die schweizerischen Fahrenden. Darum haben die französischen Fahrenden diesen Platz jetzt mehrere Jahre lang monopolisiert. Aber vielleicht ist das nicht wahr, sondern sie sind einfach zuerst gekommen und die Schweizer hatten keinen Platz mehr. Falls wirklich ein Bedarf von Schweizer Fahrenden bestehen würde, wäre es meines Erachtens eine gangbare Lösung, dass man es nur denen offenhält. Das wäre nicht zulässig, weil mit den EU-Verträgen dürfen wir wahrscheinlich keinen Inländervorrang haben bei so etwas. Falls es zulässig ist, könnte man sich das allenfalls überlegen. Aber eben, wenn gar kein Bedarf besteht, dann wäre es auch nicht nötig. Es gibt

einen neuen Platz in Füllinsdorf und vielleicht gehen die Schweizer Fahrenden eben dort hin und wollen gar nicht mehr in diese Region kommen.

GR Stefan Löw: Die Gemeinde hat es sich nicht ganz so einfach gemacht. Die Problematik ist nicht erst seit dem Jahr oder dem letzten Jahr vorhanden, sondern schon sehr lange. Sie hat sich insofern auch ein bisschen verändert, weil niemand mehr permanent beim Schwimmbad wohnt und dementsprechend quasi 24/7 genau beobachten kann, was dort eigentlich abläuft. Das war natürlich ein Vorteil. Wenn wir das wieder bereitstellen müssten, wäre eine solche Präsenz eine Riesenaufgabe. Es sind auch andere Fahrer gekommen, das stimmt, die haben sich auch anders verhalten. Das wurde in einem Rahmen vollzogen und hat auch gut funktioniert. Schlussendlich müssen sich jetzt die Angestellten der Gemeinde damit beschäftigen. Man stellt ihnen sanitärische Einrichtungen zur Verfügung. Zum Teil sind diese in einem sehr schlechten Zustand. Natürlich wissen wir nicht genau im Detail, wer es denn gewesen ist. Sie dürfen eigentlich die Gartenobergebäude nicht einfach so nutzen, ohne zu fragen, auch darauf müssen wir achten. Sie gehen einfach in die Gartenobergebäude, halten sich dort auf, duschen und gehen auf die Toiletten. Das wiederum bringt für die Benutzer der Sportanlage Unruhe. Es sind einfach viele Punkte, wo es wirklich Probleme gibt. Mit Anpassungen und Formulierungen in der Gebührenverordnung können wir das nicht lösen können. Wir können den Platz unten auch nicht mit Poller absperren. Also ist er frei zugänglich. Die Fahrenden fahren tagsüber dort drauf und stellen ihre Fahrzeuge ab. Bis wir das merken, sind sie meistens dann schon lange auf dem Platz. Wir bekommen sie dann einfach nicht mehr weg und sie bleiben da. Sie hören nicht auf unsere Anweisung und sind sogar beim Gemeindeverwalter und Gemeindepräsidenten unangemeldet vorstellig geworden. Die Situation ist wirklich unbefriedigend. Das Reglement könnte jederzeit wieder angepasst werden, wenn sich die Situation wesentlich verbessert. Momentan ist es mehr als schwierig, darum bitte ich sie, dieser Änderung des Polizeireglements zuzustimmen.

Patrick Weisskopf: Ich sehe das Ganze eigentlich wie einen mehrstufigen Prozess. Zum Ersten sind wir uns bewusst, dass es Standplätze braucht und wir die Türen nicht zumachen wollen. Zum Zweiten sind wir uns bewusst, dass es Fahrende und Fahrende gibt und dass man sich klar wird über den kulturellen Hintergrund. Ich habe gehört, dass es eben Gruppen von Fahrenden gibt, die nicht in ein Gebäude hineingehen wollen, um ihr Bedürfnis zu verrichten. Sie erledigen das draussen, egal ob eine Toilette zur Verfügung steht oder nicht. Vielleicht kann man in Zusammenarbeit mit dieser Stiftung herausfinden, wie sie organisiert sind. Dann könnte man im Reglement ergänzen, dass Fahrende mit einer Empfehlung der Stiftung diesen Platz benutzen dürfen. GR Stefan Löw hat gesagt, sie kommen ja so oder so und stellen ihre Sachen darauf. Gemäss Reglement müssen sie sich zehn Tage vorher anmelden. Das heisst, man hätte im Prinzip genug Zeit um abklären zu können, was diese Gruppe ist, wie sie organisiert ist und ob sie einen guten Leumund hat. Dann können wir uns auch weitere Gedanken machen, was die Infrastruktur betrifft und mit dem Kanton zusammenarbeiten. Vielleicht finden wir einen Platz, der ein bisschen besser geeignet ist und nur ganz wenig Zusatzinfrastruktur braucht, weil Wasser, Strom und Abwasser bereits zur Verfügung steht. Was wir sehen, ist das Problem der sanitären Anlagen. Es wäre schön, man könnte so etwas offerieren. Das ist ja dann eigentlich der nächste Prozess, den wir angehen müssen. Aber am Anfang müssen wir jetzt klar werden, ob wir mit diesen Menschen und dem Kanton zusammenarbeiten wollen, um ihnen zu helfen, alles ein Stück besser zu machen. Das wünsche ich mir von Pratteln.

Antrag auf Rückweisung. SP, Patrick Eichenberger:

://: Der Rückweisungsantrag wird mit 19 Ja- zu 19 Nein-Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 25 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 28 Stimmen.

3. Nr. 3509

Sondervorlage über CHF 1'200'000 als Kostendach für den Neubau und Umzug HUB Pratteln

GR Petra Ramseier: Ich entschuldige mich beim Einwohnerrat, dass diese Vorlage sehr kurzfristig kommt. Wir haben leider erst relativ spät realisiert, dass es bei diesem Geschäft eine Sondervorlage braucht. Ich habe aus den Fraktionen einige Fragen mitbekommen für heute. Diese habe ich versucht, in einer Präsentation ein bisschen zusammenzustellen und hoffe, das trifft wirklich das, was ihr euch erhofft. Ich fange mit einigen Grundbegriffen an, wie sieht die ganze Struktur dieses Gebildes eigentlich aus. Das schafft eine Basis, damit wir alle vom Gleichen reden.

GGA heisst Grossgemeinschaftsantennenanlage, die Kopfstation und ist eigentlich die Signalaufbereitung. MMN ist das Multimediane Netz Pratteln und HUB ist die Verteilstation des aufbereiteten Signals ins Netz an die Bezüger. Die Besitzverhältnisse dieser ganzen Anlagen sind einerseits die Genossenschaft Kopfstation GGA. Das ist eine Genossenschaft aus sieben Gemeinden und andererseits der Gemeinde Pratteln mit dem Multimediane Netz und dem Ortshub. Die Kopfstation besteht aus der Antennenanlage, also der Satellitenschüssel und der eigentlichen Kopfstation, eben die Senderaufbereitung. Das alles im Besitz der Genossenschaft Kopfstation GGA. Die Gemeinde Pratteln ist im Besitz des Hubs und des ganzen Kabelnetzes in den Strassen der Gemeinde. Das besteht aus einem Glasfaser- und aus einem Koaxialkabelnetz. Die Anlage im Fröschmatt-Schulhaus (Fröschi) ist ein Mix aus beiden Besitzergemeinschaften (Genossenschaft Kopfstation GGA, Gemeinde Pratteln) und beides ist im oder auf dem Fröschi. Weil das Fröschi neu gebaut wird, muss die ganze Anlage raus und an einen anderen Standort verlegt werden. Das ist der Grund, warum wir hier stehen. Der Betrieb darf nicht unterbrochen werden. Die Genossenschaft Kopfstation finanziert die Satellitenschüssel und die Kopfstation selber und die Gemeinde Pratteln finanziert den Hub. Beide Projekte zusammen werden als eines der Gemeinde Pratteln, Pratteln hat die Geschäftsführung der Genossenschaft, als ganze Anlage geplant und koordiniert. Über eine längere Zeit hat man einige Schulhäuser und Räume der Gemeinde getestet und angeschaut, ob man sie für die neue Platzierung umnutzen kann. Man hat sich auch einen Standort beim Neubau überlegt, also ein kleines Gebäude, wo einfach noch eine Kopfstation drin ist. Dann kam letztes Jahr die Chance, sich auch das Gemeindezentrum anzuschauen. Da der Bau des Fröschmatt-Schulhauses um ein Jahr nach hinten verschoben worden ist, hat sich überhaupt erst die Möglichkeit dazu gegeben. Vorher hätte das Zeitfenster gar nicht gestimmt. Beim Einbau im Gemeindezentrum ist der Vorteil zur Sicherheit deutlich höher als in einem freistehenden Kleingebäude. Es ist nah bei der heutigen Infrastruktur im Fröschi. Es sind kurze Wege von der Antenne, die auf dem Gemeindezentrum stehen wird, zur Kopfstation und man kann Synergien im Unterhalt nutzen. Das Zusammenspiel zwischen GGA, Multimediane Netz und HUB ist die Kopfstation. Die GGA macht die Signalaufbereitung zentral, der Hub Pratteln macht dann die lokale Verteilung in der Gemeinde. Jede Gemeinde hat einen eigenen Hub, der dann jeweils von den Gemeinden finanziert wird und dann natürlich die Endkunden, die diesen Dienst nutzen. Die Kopfstation ist wirklich das technische Herzstück dieser ganzen Anlage mit der Signalverarbeitung und ist von der Dimension vergleichbar mit einem Serverzentrum. Sie versorgt alle sieben Gemeinden der GGA Pratteln und auch die Improware mit Signal. Insgesamt umfasst das ungefähr 51'000 Haushaltungen. Das Angebot besteht aus rund 350 digitalen TV- und Radioprogrammen. Die Gemeinde Pratteln macht den Unterhalt und Qualitätssicherung und ist verantwortlich für die letzte Meile. Wir sind unabhängig mit der eigenen Infrastruktur und können mit dieser eine hohe Qualität bieten. Wir nutzen Synergien mit anderen Gemeinden, auch bei der Materialbeschaffung und wir können wettbewerbsfähige Preise anbieten. Die heutige Anlage ist über 13 Jahre alt und hat sicher ihr Lebensende erreicht. Auch der Support ist abgelaufen. Die durchschnittliche Lebensdauer bei solch einer Station beträgt zehn Jahre. Man hat jetzt längere Zeit Investitionen zurückgestellt, weil man gewusst hat, dass alles neu gemacht werden und der Standort gewechselt werden muss. So können wir wirklich eine neue Anlage aufbauen und einen Parallelbetrieb für den Übergang auch garantieren. Wir werden nachher eine Anlage haben, die sehr viel energieeffizienter ist und auch eine höhere Betriebssicherheit bietet. Auf der technologischen Basis wird man nachher DOCSIS 3.1 kompatibel sein. Das 4.0 brauchen

wir im Moment und absehbar nicht, wäre aber möglich, darauf zu erweitern. Der neue Hub besteht aus einem Laser- und Rückwärtsverstärker, einer Hochfrequenzverteilung, einer Glasfaserverteilung und natürlich Racks und dann Kühlung, Stromversorgung, Kälte, Hitze etc. Die Kosten von CHF 1,2 Mio. haben wir euch schon mitgegeben. Sie beziehen sich einerseits auf den Gebäudeteil, dann aber auch natürlich vor allem auf das Innenleben, also auf die IT-Anlage. Zur Finanzierung: Die Einnahmen gibt es bei der Genossenschaft durch die Provisionen der Improware-Werbefenster der TV-Sender, die Ausgaben natürlich für den ganzen Unterhalt (Kopfstation, Betriebsunterhalt, Personalaufwand). Die generierten Überschüsse werden jeweils anteilmässig auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Pratteln Teil Spezialfinanzierung: Hier gibt es Einnahmen über die Gebühren der Abonnenten, Beiträge von weiteren Nutzern des Kabelnetzes und dann eben die Gewinnausschüttung der Genossenschaft, die in die Spezialfinanzierung fliesst. Zu den Ausgaben gehören natürlich der ganze technische Unterhalt vom Netz und vom Hub, weiterer Betriebsunterhalt, Strom etc. und jeweilige Abschreibungen der Infrastruktur, die man erstellt. Die Finanzierung des Hubs läuft normal über das Investitionsprogramm. Zu den Abschreibungen: Diese werden dann in der Spezialfinanzierung als Aufwand abgebucht, das kommt dann erst im Jahr 2027, wenn alles erstellt ist. Abschreibungen sind geplant über 5 Jahre. Neuinvestitionen hat man versucht zu optimieren, indem man sie jetzt mit dem Standortwechsel kombiniert. Der Einzug ins Gemeindezentrum ist sicher eine Lösung, die sehr viel Sicherheit bietet. Uns ist ein unterbruchloser Betrieb sehr wichtig. Wir haben Verpflichtungen, das Netz/Signallieferung weiter aufrechtzuerhalten. Wir sind jetzt auf einem guten Weg, das so umzusetzen.

Dominique Häring: Wir sind für eine Rückweisung dieser Sondervorlage. In der Vorlage hat es einen Posten von fast CHF 400'000 für Gebäude. Jetzt nutzt man die Synergie des neuen Gebäudes für die Gemeindeverwaltung und macht das dort in die Räume. Welches Gebäude? Das Gebäude im Gebäude? Da sind CHF 400'000 im Raum, wo wir nicht sehen, für was die gebraucht werden und deswegen das Geschäft retour.

Andreas Seiler: Wir haben in der FDP das Geschäft detailliert diskutiert. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass man das Geschäft nicht zurückweisen sollte, auch aus Zeitgründen. Mit einer Rückweisung am Inhalt des Geschäfts bezüglich des Zügelns oder dem Neubau des Hubs wird sich nichts ändern. Es ist für mich klar, dass neben der Neubeschaffung dieser Geräte, die dort drin sind, halt auch das Gebäude entsprechend ausgerüstet werden muss. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat eine entsprechende Abklärung gemacht hat, bevor er die Vorlage ausgearbeitet hat. Deshalb sind wir schon einmal aus Zeitgründen und daraus, dass wir nicht sehen, was die Rückweisung bringen würde, gegen die Rückweisung. Wir haben aber schon ein paar Fragen zum ganzen Thema GGA oder Multimediantz, weil das Geschäft so spät gekommen ist. Wir fragen uns, ob die Gemeinde und die Gemeindeverwaltung das komplexe Thema als relativ kleiner Player im Gebiet und noch verschachtelt in die GGA, ob man das wirklich durchschaut und im Griff hat. Nicht dass noch andere Investitionen irgendwie plötzlich auftauchen und was das für die Finanzierung der Spezialfinanzierung bedeutet. Das sind aber generelle Fragen zum Thema Multimediantz und die müssen wir nicht unbedingt im Rahmen des Geschäfts klären. Die kann man später anschauen, entweder durch einen separaten Vorstoss oder über eine Geschäftsprüfungs- oder eine Rechnungsprüfungskommission. Deshalb bin ich der Meinung, dass die längerfristigen Themen, ob heutige die Struktur die richtige ist und in Zukunft noch funktionieren wird, separat angeschaut werden müssen. Wir sehen keinen Grund, das Geschäft jetzt deswegen zu verzögern und zurückzuweisen. Auch glauben wir nicht, dass diese Fragen innerhalb von nützlicher Frist beantwortet werden können, weil es ja auch politisch vielleicht gewisse Streitpunkte gibt in diesen Themen. Wir müssen den Umzug des Hubs machen.

Simon Käch: Wir werden den Rückweisungsantrag auch ablehnen und dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. An Dominique Häring: Ich verstehe deine Argumentation nicht. Wenn man etwas nicht versteht und bevor man einen Rückweisungsantrag stellt, fragt man doch zuerst den Gemeinderat, vielleicht gibt es ja eine gute Erklärung, dass man es nicht zurückweisen muss.

Olivier Bally: Ich habe ein bisschen eine Ahnung, wie das zusammenspielt. In der Vorlage stehen die Kopfstation und Hub, aber wir bestimmen nur über den Hub, ist das richtig? Aber die Kopfstation wird ja trotzdem gezügelt. Zahlt die GGA dann das Zügeln der Kopfstation? Das ist für mich in diesen Unterlagen nicht klar herausgekommen.

Urs Schneider: Wir werden die Vorlage nicht zurückweisen und ich verstehe Olivier Bally, dass er so Fragen stellt. Solche Fragen resultieren halt aus einer Vorlage, wo man merkt, dass es einfach nur noch pressiert hat, damit die Vorlage in den Einwohnerrat kommt. Das ist sehr schade. Aber ich danke GR Petra Ramseier für die Ausführungen. Die eine oder andere Frage von unserer Seite hat sich erledigt. Man ist immer davon ausgegangen, dass die Kopfstation und der Hub nachher wieder im Fröschi positioniert werden oder zumindest war es einmal so der Gedankengang. Es ist ja erst jetzt aufgekommen, dass man es vielleicht in der Verwaltung machen könnte, nachdem man halt beim Fröschi auch ein Jahr hinterher ist. Wenn man früher aus dem Fröschi hätte raus müssen, dann hätte man ja nicht in die Verwaltung gehen können. Man wird ja sicher noch irgendeine andere Lösung/Standort gehabt haben. Ich persönlich finde es eigentlich schade, dass das auf/in die neue Verwaltung kommt; eine grosse Antenne, die Schlüssel, die es braucht und im Keller unten halt der Raum, welcher besetzt ist, dass man vielleicht für etwas anderes geplant hätte. Darum würde mich schon interessieren: Was wäre denn wirklich die Idee gewesen, wo hätte man dann hinwollen, wenn das Fröschi anscheinend jetzt auch nicht in Frage gekommen wäre und die Verwaltung noch gar keine Möglichkeit gewesen wäre? Ich hätte es jetzt noch cool gefunden, wenn man das bei der ColoBâle AG gemacht hätte, dort wäre es dann noch näher an der ganzen Verteilung. Es sind halt schon noch ein paar Fragen, aber wir werden sie sicher nicht zurückweisen und diesen CHF 1,2 Mio. schlussendlich auch zustimmen. Es ist im Investitionsprogramm ersichtlich. Wir hatten das eigentlich budgetiert, dass das in diesem Jahr noch reinkommen könnte. Daher haben wir es gewusst.

GR Petra Ramseier: Standorte: Im Fröschi war es nicht vorgesehen. Das wäre sowieso nicht gegangen, deshalb hat man einen Ersatzstandort gesucht. Das heisst, man hat dann eben verschiedene Räume in den Schulhäusern angeschaut. Das Einzige, was in den Schulhäusern zum Beispiel gegangen wäre, wäre im Erli gewesen, der Raum, in dem die alten Öltanks drin sind. Das wäre einfach extrem aufwendig gewesen, das alles noch zu sanieren und bereitzustellen. Die Platzierung für einen Neubau wäre entweder auf der Hexmatt gewesen oder auf der Wiese beim Grossmattschulhaus. Nicht sehr ideal und einfach auch relativ exponiert. Als sich ergeben hat, ins Gemeindezentrum hineinzugehen, haben wir uns für diese Variante entschieden. Die Antenne wäre sowieso auf dem Gemeindezentrum gewesen, also auch wenn das Häuschen irgendwo anders gestanden wäre. Zur Frage von Dominique Häring: Es sind natürlich keine Gebäude mehr, aber der Bau braucht Ergänzungen, damit es für die Infrastruktur angepasst ist. Die Elektroanlage gehört dann auch in den Posten «Gebäude» hinein, die ganze Heizung, Lüftung, Kälteanlagen und Schliessanlagen. Es braucht dort einen Doppelboden und eine spezielle Behandlung der Wände, damit sich kein Staub absetzt. All dies ist in diesen CHF 350'000 bis CHF 400'000 enthalten. Die Kosten für den Hub und die Kopfstation, welche die GGA bezahlt, sind komplett getrennt, also inklusive Zügeln beziehungsweise Neuaufbau. Das ist alles systematisch getrennt. Was wir hier besprechen mit diesen CHF 1,2 Mio. betrifft nur den Hub Pratteln. Die aufgeschlüsselten Kosten sind: Elektroanlagen inklusive Planung und Leitungsführung CHF 130'000, Heizung, Lüftung, Kälteanlagen inklusive Planung CHF 166'000, Türen-Schliessanlagen CHF 6'000, Doppelboden und die Wandspezialbehandlung CHF 15'000 und dann die ganzen Planer, Bauingenieur, Architekten CHF 51'000. Das ist natürlich vom Gemeindezentrum abgetrennt. Diese Kosten wären sonst nicht angefallen.

Dominique Häring: Ich ziehe jetzt den Rückweisungsantrag zurück, hätte aber noch zwei Bemerkungen: Erstens muss man mich nicht belehren, was ich zu tun habe oder was ich darf oder nicht darf. Es ist ganz bewusst so eingereicht worden. Wir haben ziemlich lange über das Gemeindezentrum diskutiert und man hat mehrere Anläufe genommen, es bauen zu wollen. Das der Hub irgendwann verschoben werden muss, hat man spätestens dann gewusst, als wir erfahren haben, dass jetzt das Fröschi erneuert wird und das ist auch schon länger her. Es wäre einfach wünschenswert gewesen, wenn man zum Zeitpunkt der Beratung zum

Gemeindezentrum solche Aspekte auch eingebracht hätte, denn dort ist es sicher schon bekannt gewesen.

GR Petra Ramseier: Man hat bei der Planung des Gemeindezentrums tatsächlich immer wieder darüber geredet, ob die ganze Kopfstation und Zubehör ins Gemeindezentrum gehen können oder nicht. Das Problem war dann die Zeitschiene. Bis letzten Sommer war das gar nicht möglich, weil das Gemeindezentrum noch nicht genug weit gewesen wäre, um die Kopfstation hineinzunehmen. Erst als der Kanton um ein Jahr verschoben hat, ist das überhaupt in greifbare Nähe gekommen. Der Zeithorizont, wo man das überhaupt angehen konnte, ist relativ spät gekommen. Es musste sicher sein, dass das Gemeindezentrum tatsächlich steht und die Kopfstation dann auch noch hinein kann.

Josef Bachmann: Schon jahrelang spricht man in Pratteln von einer neuen Gemeindeverwaltung und man wusste, dass der Kanton das Gebäude des Fröschmatt-Schulhauses übernimmt. Warum überlegt man dann nicht gleich, dass man das Gebäude nicht mehr benutzen will? Wir mussten so oder so eine neue Anlage haben. Hätte man das nicht gerade zum Voraus planen können? Jetzt hat man keine Zeit mehr. Jede Firma oder grösserer Betrieb der baut, plant nicht auf ein halbes oder ein Jahr, sondern mehrere Jahre. Was mich auch stört: Warum kann man die Kosten nicht detailliert am Anfang der Vorlage aufführen? Damit wir mitreden können, müssen wir wissen, für was die Kosten sind (Umbauten, Zuleitungen usw.).

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Der Kredit für die Sondervorlage von CHF 1'200'000 (inkl. MwSt. von aktuell 8.1%) als Kostendach für den Neubau und Umzug HUB Pratteln wird genehmigt.

4. Nr. 3510

Sondervorlage von CHF 763'000 als Kostendach für die Umzüge/IT-Ausstattungen/Möblierungen Neubau Gemeindezentrum und Bibliothek

GR Philipp Schoch: Das neue Gemeindezentrum ist im Bau. Im Rahmen der Volksabstimmung waren die Punkte, die heute Abend diskutiert werden sollen, explizit ausgenommen. Damit wir ein funktionierendes Gebäude oder mehrere funktionierende Gebäude in Betrieb nehmen können, brauchen wir jetzt noch folgende Punkte: Wir planen bereits jetzt schon den Umzug. Wir ziehen fast alle Bereiche der Verwaltung zusammen im neuen Zentrum, also die Bauverwaltung, die Schulleitung, die provisorische Verwaltung an der Baslerstrasse und die Bibliothek/Ludothek. Die sind heute alle verstreut in der Gemeinde und wir müssen sie alle zusammenzügeln in das neue Gemeindezentrum. Dann ist ein Posten IT darin. Das WLAN aus dem Provisorium z. B. können wir nicht mitnehmen. Wenn die Verwaltung dort hinausgeht, kommt eine provisorische Schule hinein, nämlich das Aegelmatt. Dies wird saniert. Die Schule braucht ein WLAN in diesem Provisorium. Darum können wir nicht alles eins zu eins zügeln. Ausserdem ist das Provisorium kleiner als das neue Gebäude und somit brauchen wir auch mehr Switches und mehr WLAN-Access-Points. Die Möblierung ist der dritte Posten, den wir Ihnen beantragen. Wir haben heute schon etwa 2/3 der Arbeitsplätze auf der Verwaltung neu ausgerüstet mit höher verstellbaren Pulten, Stühlen und einer Leuchte. Wir werden aber weitere Möbel anschaffen müssen. Wir haben zum Beispiel viel mehr Sitzungszimmer im neuen Verwaltungsgebäude, wir haben eine Eingangshalle, wir haben eine Cafeteria und dort braucht es auch irgendwelche Sitzgelegenheiten, damit man sich entsprechend aufhalten kann. Bekanntlich müssen wir als Gemeinde sparen, das gilt generell für den Neubau des Gemeindezentrums, aber natürlich auch für den vorliegenden Kredit. Von was lassen wir uns leiten? Wir wollen ein funktionsfähiges Gebäude, das muss eine gewisse Robustheit und Langlebigkeit haben. Wir können es nicht einfach so billig machen, dass wir es in zehn Jahren schon wieder sanieren müssen. Ich kann euch aber versichern, dass wir auch günstige Lösungen anstreben. Die berühmten goldenen Wasserhähne wird es also nicht geben. Wir haben auf allen Etagen WCs. Wie können wir das kostengünstig machen? Sanitäre Einrichtungen sind bekanntlich teuer. Deshalb verzichten wir explizit auf Warmwasser an den Lavabos. Also im neuen

Gemeindezentrum kann man nur mit kaltem Wasser die Hände waschen, das gilt natürlich nicht für die Küche, für die Dusche und für die Putzräume. Dort hat es Warmwasser. Das ist eine gewisse Kosteneinsparung/Einfachheit. Auch braucht es eine gute und preiswerte Möblierung für das neue Gemeindezentrum. Es hat auch eine gewisse repräsentative Aufgabe, das Gebäude, aber eben es wird kein Schloss werden.

Silvio Fareri: Die Fraktion Mitte-EVP wird das Geschäft zurückweisen, mit der folgenden Begründung: Wir stören uns daran, dass hier Kosten aufgeführt werden für die Bibliothek und Ludothek. Die Bibliothek/Ludothek ist ein eigenständiger Verein. Demzufolge sind wir der Auffassung, dass sie für aufkommenden Kosten von Mobiliar und Umzug auch selber verantwortlich sind. Für uns ist nicht ersichtlich, auf welcher Rechtsgrundlage die Gemeinde das Geld zur Verfügung stellt und warum der Einwohnerrat das Geld sprechen soll. Wir haben damals bei der Volksabstimmung schon davor gewarnt, dass da Kosten auf uns zukommen. Im Nachgang ist das einfach eine Bewahrheitung dieser Kosten. Für die Bibliothek/Ludothek müssen wir zahlen und für uns ist nicht ersichtlich warum. Heute Abend sind auch zwei Ratsmitglieder von diesem Entscheid betroffen und ich bin der Auffassung, dass diese Personen in den Ausstand treten sollten. In diesem Zusammenhang wäre ich noch froh, wenn die Interessenbindungen entsprechend offengelegt werden auf der Webseite der Gemeinde.

Christoph Zwahlen: Es ist ein Rückweisungsantrag da. Zu diesem Antrag ist das Wort frei.

GR Philipp Schoch: Danke, Silvio Fareri, für die wichtige Frage. Das soll ja nicht eine Black-box sein, diese Beziehung zur Bibliothek. Es gibt eine Leistungsvereinbarung zwischen der Bibliothek und der Gemeinde und dort steht drin, dass die Gemeinde für die Möblierung zuständig ist. Wir werden aber auch dort das Prinzip der nicht-goldenen Hähnen anwenden. Auch nicht zur grossen Freude der Bibliothek, werden wir auch dort robuste, günstige Lösungen umsetzen. Wir sind als Gemeinde mit dieser Leistungsvereinbarung verpflichtet, die Einrichtungen dort entsprechend zu machen. Die Bibliothek kann das Gebäude nutzen. Das Gebäude gehört aber der Gemeinde Pratteln und nicht der Bibliothek. Sie werden dort drin einfach ihre Leistungen anbieten. Wenn wir in 20, 30 Jahren keine Bibliothek mehr haben, dann ist das vielleicht ein weiteres Verwaltungsgebäude. Wir können es vermieten, eine Tagesstruktur reinmachen, Schulräume für das Grossmatt oder einen Kindergarten. Es gibt diverse Ideen, wie wir das umsetzen könnten. Es ist und bleibt eine Infrastruktur der Gemeinde Pratteln. Ab 2027 werden die Bibliothek und die Ludothek dort drin sein, aber die Infrastruktur gehört uns.

Didier Pfirter: Hat der Einwohnerrat diese Leistungsvereinbarung genehmigt? Wenn nicht, sind wir ja nicht gebunden. Es ist ein bisschen komisch, dass man da etwas abmacht und dann muss der Einwohnerrat einfach den Kosten zustimmen, was er vorgängig gar nie zugestimmt hat.

Antrag auf Rückweisung, Die Mitte-EVP, Silvio Fareri:

://: Der Rückweisungsantrag wird mit 26 Nein- zu 5 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 26 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 29 Stimmen.

Martin Stohler: Ich habe schon wieder eine Sondervorlage mit einem Kostendach auf dem Tisch, das ist jetzt etwa die dritte. Ich finde es gut, dass das Wort Kostendach mittlerweile jetzt überall vorkommt, das habe ich einmal gesagt vor einem Jahr, das ist eine gute Sache. Ich kann mich mit diesen gewissen Zahlen nicht so recht identifizieren. Wie schon angetönt werden fast 20% dieser ganzen Summe für die Bibliothek und Ludothek ausgegeben. Hingegen hat

man dann für die Ausstattung des Büros für 20 Leute wieder CHF 40'000 drin. Ich kann das sehr schlecht einschätzen. Grundsätzlich ist es so ausgelegt, dass man sicher die Kosten decken kann. Mit was ich mich nicht so anfreunden kann, ist die Beschaffung dieser IT-Komponenten. Aus eigener Erfahrung glaube ich nicht, dass wir hier mit dem Kostendach durchkommen werden. Die Umzüge sind in Ordnung. Open Library: Wer hat dort Zugang, in welcher Altersklasse und in welcher Zeit? Wie ist der Zugang geregelt? Müssen wir dann nachher ein grösseres Sicherheitsdispositiv aufbieten, wenn man dort hineingeht und Zeug rausnimmt und macht und tut? Ich habe vorhin gehört von den goldenen Wasserhähnen. Wir haben kein warmes Wasser im 4. Stock auf dem WC, das finde ich jetzt nicht gerade so cool, aber dass man bis um 22 Uhr Bücher holen kann, da frage ich mich, ob das denn auch nötig ist heute in der digitalen Zeit. Remanufacturing des bestehenden Mobiliars für CHF 30'000: Wenn man berechnet, dass jemand etwa CHF 100 in der Stunde kostet, weiss ich nicht, was wir hier noch herausholen werden, damit man das wirklich brauchen kann. Es ist schlecht zum Einschätzen, es ist aufgeschrieben, das Kostendach gilt einzuhalten, da brauchen wir sicher kein warmes Wasser, um die Möbel aufzustellen. Man redet immer von Langlebigkeit. Bei der Ausschreibung solltet ihr einfach darauf schauen, dass ihr die Garantien nicht nur nach der Norm zwei, drei, vier oder fünf Jahre, sondern dass man vielleicht die Möbel mit einer gewissen Technik installieren lässt und so eine 10-Jahres-Garantie haben. Das ist ganz wichtig. Wir werden sehr wahrscheinlich das Kostendach ein bisschen überschreiten, aber längerfristig wird es uns mehr helfen. Wir werden dem so zustimmen.

Gilbert Bernoulli: Wir in der FDP haben die Sondervorlage auch intensiv diskutiert und hatten auch das Gefühl, es ist ein relativ saurer Apfel mit diesen CHF 160'000 für Gemeinde und Ludothek. Wir werden aber dieser Sondervorlage zustimmen, in der Hoffnung, dass es nachher dort wirklich einen coolen Ort gibt, wo sich die Jungen und die Alten treffen können und entsprechend auch etwas davon haben.

GR Philipp Schoch: Zur Frage von Martin Stohler: Bei der Open Library geht es um eine Mitgliedergeschichte. Wenn du Mitglied bist in der Bibliothek, dann hast du einen Ausweis/Badge und mit diesem kannst du die Bibliothek öffnen. Dort ist dann niemand, der dir ein Buch oder ein Spiel ausleiht, sondern du als Mitglied gehst mit dem Badge hinein. Man kann dann natürlich auch nachvollziehen, wer drin gewesen ist und was man herausgenommen hat. Das ist alles getrackt, das kann man verfolgen. Mindestens im Eingangsbereich werden wir auch Überwachungskameras haben, um die ganze Geschichte sicher zu machen, dass es kein Sicherheitsrisiko ist. Open Library geht vor allem um Mitglieder, die können dort die Bücher, nicht rund um die Uhr, aber zu sehr erweiterten Öffnungszeiten beziehen und für Nichtmitglieder ist das Gebäude zu. So sollte es funktionieren, ist aber noch nicht wirklich ausgearbeitet. Das haben wir im Detail auch noch nicht gesehen. Es ist aber wichtig, diese Idee jetzt schon reinzunehmen, weil das natürlich auch gewisse technische Einrichtungen braucht wie die Türöffnung, damit das nachher überhaupt funktionieren kann.

Urs Schneider: Jetzt haben wir für eine Gemeindeverwaltung CHF 25 Mio. gesprochen und jetzt spricht man von keinem warmen Wasser zum Hände waschen auf dem WC. Wir bauen doch keinen Bunker, es soll doch eine Gemeindeverwaltung sein. Es soll doch etwas Schönes, etwas Tolles sein und dann hat man tatsächlich kein warmes Wasser zum Hände waschen? Sparen wir nicht am falschen Ort? Ich kann das schlichtweg nicht nachvollziehen. Dass es im Keller unten oder im obersten Stock kein Warmwasser gibt, von mir aus, aber dass man sagt, man habe explizit auf den WC kein Warmwasser, ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn ich zu Hause sagen würde, wir machen einen Anbau ohne Warmwasser, dann würde man sagen, dass ich spinne. Ich finde es einfach schade, dass man auf solche Ideen kommt und gehe aber davon aus, dass wir die Kosten für die Verwaltung in dem Fall voll im Griff haben. Wenn wir ja schon beim Warmwasser sparen, werden wir sicher nicht überschüssen.

Der Rat beschliesst mit 34 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Der Kredit für die Sondervorlage 3510 als Kostendach für die Umzüge, IT-Ausstattungen und Möblierungen Neubau Gemeindezentrum und Bibliothek über CHF 763'000 inkl. MwSt. von aktuell 8.1% wird genehmigt.

5. Nr. 3512

Formulierte Gemeindeinitiative Bankgewinn-Initiative

GR Silvia Lerch: Seit Jahren haben wir ein starkes Kostenwachstum bei vielen Gemeindeaufgaben. Die Anforderungen nehmen immer mehr zu, ihr bekommt es auch mit. Die Gemeinden sind immer mehr unter Druck und man sucht nach Lösungen, um die Entwicklungen ein bisschen in den Griff zu bekommen und die Kosten ein bisschen zu bremsen. Es gab eine Arbeitsgruppe, welche mit dem Lead von Liestal entstanden ist. Es haben sich verschiedene Gemeinden aus dem Baselbiet zusammengesetzt, man hat Ideen gesammelt und geschaut, wie man die Situation ein bisschen verbessern kann. Unser Gemeindepräsident durfte auch Sitz haben und mitarbeiten und hat sicher auch seinen grossen Teil an dem Ergebnis beige-steuert. Die 2 Resultate dieser Zusammenarbeit, das sind die 2 Initiativen, die wir euch heute Abend präsentieren und darüber diskutieren können. Die eine ist jetzt die Bankgewinninitiative.

Wie ihr aus der Vorlage entnehmen konntet, ist die Kantonalbank schweizweit ein bisschen unterschiedlich unterwegs, was ihre Abgaben angeht, und im Kanton Basel-Landschaft haben die Gemeinden nicht viel von diesen Abgaben. Sie zahlen nebst der Staatsgarantie, die ist natürlich unbestritten, auch Gewinnbeteiligung und da hätten wir auch gerne ein Stück vom Kuchen. Die Gemeinden tragen schliesslich auch etwas zu, zu diesem Erfolg der Bank. Wir stellen die Infrastruktur zur Verfügung und unterstützen die Filialen auch somit. Da wir aber keinen Anteil an dem haben, finden wir das nicht fair und würden auch dem Kanton eigentlich eine Pflicht abnehmen. Wir haben auch andere Abgaben, in dem der Kanton profitiert. Wir haben Handänderungssteuerabgaben, Grundstücksgewinnsteuern und es ist jetzt an der Zeit, dass wir als Gemeinde auch davon profitieren können.

In dieser Vorlage ist eine Aufstellung, wie es gerade in Zürich zum Beispiel auch gehandhabt wird, an denen wir uns orientieren, wie das dort so funktioniert. Wir haben es vorgeschlagen, 1/3 an die Gemeinden, und zwar im Verhältnis von der Anzahl Einwohner und die 2/3 die dann weiter an den Kanton gehen würden. Bei den aktuellen Zahlen habt ihr entnehmen können, dass das für Pratteln rund CHF 1.2 Mio. an Einnahmen bedeuten würde, und dann wären wir doch schon dankbar, wenn wir so eine grosse Zahl verbuchen könnten bei uns. So eine Umstellung ist natürlich dann zur Folge, dass das Gesetz der Kantonalbank angepasst werden müsste und auch dafür braucht es diese Formulierte Initiative. Wir, vom Gemeinderat unterstützen die Umverteilung und hoffen, dass der Einwohnerrat das auch so sieht und uns bei diesem Vorhaben unterstützt.

Simon Käch: Ich persönlich würde dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir haben tatsächlich ein Problem, wir haben zu wenig Einnahmen, das gilt aber nicht nur für Gemeinden, sondern das gilt auf Kantonsebene. Was machen wir jetzt? Wir verteilen einfach das Geld anders zwischen Gemeinden und Kantonen aber das effektive Problem ist damit nicht gelöst. Was passiert, wenn wir dem zustimmen? Es fehlen im Kanton die 20 Mio. Franken an Einnahmen. Ich habe schon ein bisschen gestaunt, über die Aussage in dieser Vorlage, »der Kanton kann das locker verkraften«. Ich weiss nicht, ob man das so im Landrat so wahrnimmt, aber im Kanton macht man übrigens momentan eine Sparübung. Es ist nicht so, dass der Kanton weiss, wie gut er gebettet wäre. Dann ist die Frage, was macht der Kanton, wenn das Geld nicht da ist? Er spart. Was hat er das letzte Mal gemacht beim Sparen? Er hat eine Aufgabenüberprüfung gemacht und geschaut, was kann ich an die Gemeinden abschieben. Das heisst, er wird nach Sparübungen auch wieder zusätzliche Aufgaben den Gemeinden übergeben und wir stehen am Schluss wieder am gleichen Punkt. Also aus meiner Sicht, ist die Initiative, die hier einge-reicht wird, nicht die Lösung für das Problem und zusätzlich stört mich auch – wir haben vorhin gerade diskutiert über die 160'000 Franken für zusätzliche Möbel bei der Bibliothek, die man angeschaut hat, auch in dieser Initiative steht, dass es je nachdem, 2 Franken pro Einwohner kostet, das heisst, je nachdem kosten uns die Initiativen noch über 30'000 Franken, die wir

ausgeben mit sehr ungewissem Ausgang. Also ich bin auch nicht bereit, das Geld auszugeben und darum bitte ich doch, die Vorlage abzulehnen.

Thomas Puppato: Wir haben das bei uns auch studiert und ich persönlich folge dieser Begründung der Initiative, dass eine Institution wie die BLKB, die steuerbefreit ist und den Gewinn ganz dem Kanton abgibt, finde ich, dass so wie die anderen Kantone, die das teilweise so machen, ein Teil des Gewinns auf Gemeinden verteilt wird. Auf der einen Seite natürlich zum Wohl der Gemeinde und klar ist dem Kanton weniger, aber das ist ja in der Initiative auch drin, dass der Kanton, wenn es dann sehr knapp wird, auch einen Teil vom Gewinnanteil abzwacken könnte. Ich würde dieser Initiative zustimmen, mit der Begründung, dass die steuerbefreite BLKB diesen Teil nicht ganz dem Kanton abgibt, was nicht die Hälfte von ihrem Gewinn ist, sondern ein Drittel des Gewinns auf Gemeinden verteilt wird nach dem Schlüssel.

Vedat Fidanci: Wir haben in der Fraktion lange diskutiert darüber. Es gab einige Unstimmigkeiten aber als Fraktion haben wir mehrheitlich entschieden, diesen Antrag zu unterstützen. Die Begründung der Initiative kam bei vielen Kolleginnen sinnvoll, dass die BLKB-Gewinnausschüttung lediglich nur an den Kantonen geht und dort wird das verteilt. Natürlich profitieren wir davon indirekt aber wenn unsere Gemeinde diese Gelder hat, dann können wir es besser kanalisieren, wo wir diese Gelder gebrauchen können. Es hat in Zürich einige Gemeinden die gute Erfahrung gemacht haben, wo diese Gelder an die Gemeinden verteilt werden. Unserer Meinung nach, könnte man es dort besser investieren.

GP Stephan Burgunder: Ich möchte noch etwas zu Simon Käch sagen, es ist nicht so, wie du meinst. Das dachte ich auch lange Zeit, «das ist linke Hosentasche, rechte Hosentasche, das spielt an und für sich gar keine Rolle.» Letztes Jahr hat die Kantonbank einen Gewinn von 120 Mio. Franken gemacht. Der Regierungsrat hat entschieden, 50% also 60 Mio. Franken in die Reserve zuzuweisen und 50% des Gewinns auszuschütten, das sind die anderen 60 Mio. Franken. Der Regierungsrat kann aber auch weniger in die Reserven ausschütten. Wenn wir eine gesunde und gut laufende Kantonbank haben, ist es kein Problem, die 20 Mio. Franken mehr auszuschütten und weniger in die Reserven zu legen und dann haben alle gewonnen, also Gemeinde und Kanton, diese Möglichkeit gibt es durchaus. Also das haben wir beim Formulieren dieser Initiative ebenfalls länger diskutiert und sind der Meinung, dass man nicht jedes Jahr die Hälfte des Gewinns in die Reserven hineingeben muss. Der Regierungsrat hat das so entschieden. Der Regierungsrat ist aber frei und kann den Gemeinden etwas ausschütten.

Der Rat beschliesst mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen:

://: Der formulierten Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankgewinne «Bankgewinn-Initiative» wird zugestimmt und der Gemeinderat dazu ermächtigt, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.

6. Nr. 3513

Nichtformulierte Gemeindeinitiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden

Christoph Zwahlen: Dann kommen wir jetzt zum nächsten Geschäft. Das Wort hat Gemeinderätin Silvia Lerch.

GR Silvia Lerch: Wir kommen zum zweiten Teil. Ihr kennt die Mehrausgaben, die wir immer haben aber man muss jetzt trotzdem noch ein paar mehr aufzählen, wie der Bevölkerungswachstum, die Demografie gewisse Gerichtsentscheide die Mehrkosten verursachen und die Teuerung, die wir dann bei den Personalkosten spüren. Es kommen auch viele politische Vorgaben durch Vorstösse und Aufträge, wo wir nachher zusätzliche Aufgaben in der Gemeinde haben aber die Finanzierung eigentlich nicht geklärt ist. Wir haben dann wiederkehrende Kosten, die uns dann Jahr für Jahr belasten und wie ihr auch wisst, sind ein grosser Teil, mehr als

80% der Kosten, vom Bund und Kanton vorgegeben. Die Gemeinde hat es schwierig, diese zu beeinflussen, man kann nicht viel daran herumschrauben. Wir haben im ganzen Kanton Selbstfinanzierungsgradprobleme.

Die Selbstfinanzierung wird immer schlechter und man muss auch für die meisten Investitionen auch Fremdkapital aufnehmen, was nachher wieder höhere Zinsbelastungen zur Folge hat. Die Entscheidungsträger müssen nachher nicht dafür geradestehen und die Kosten übernehmen. Das erschwert die Situation immer mehr und vielmehr fehlt es auch an Transparenz, wenn im Landrat etwas entschieden wird. In der Vorlage hat es keine finanziellen Auswirkungen und man verteilt eigentlich nur den Auftrag, ohne Folgekosten für die Gemeinde zu realisieren und da wird Transparenz gefordert und auch die Pflicht, dass wenn man Entscheidung trifft, dann die auch mittragen muss. Das heisst, die Staatsebene, die entscheidet, soll auch Kosten tragen. Die Arbeitsgruppe, wie ihr das vorher schon gehört habt, hat sich sehr vertieft und mit dieser Thematik auseinandergesetzt und hat durch diesen Hebel einen guten Ansatz geschaffen, auch für künftige Kosten, die von oben delegiert werden. Wir unterstützen das vom Gemeinderat aus und hoffen auch auf eure Unterstützung.

Urs Schneider: Die Fraktion der SVP wird die nichtformulierte Initiative unterstützen. Ich danke Gemeinderätin für die Erklärung und die Erläuterung, sie hat das sehr, sehr gut gemacht. Aus Sicht des Landrats ist es nicht immer einfach, wenn die Geschäfte auf dem Tisch liegen, sich beim Studieren der Unterlagen alles aus den Fingern saugen zu müssen. Was bedeutet das nun für die Gemeinde? Was hat das für Konsequenzen jeweils für die Gemeinde? Was hat das für finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde? Das wäre sicher hilfreich, wenn das in der Vorlage jeweils aufgeführt werden müsste, was für Konsequenzen es für die Gemeinde hat, was für finanzielle Konsequenzen es für die Gemeinde hat. Ob dann schlussendlich alles vom Kanton entschädigt werden muss, so wie es jetzt auch gefordert wird, da bin ich jetzt vielleicht nicht gleicher Meinung aber sicher jeweils eine Mitfinanzierung, das muss geregelt sein, wer für den Mehraufwand aufkommt aber das wird dann am Schluss das Volk entscheiden müssen, darum werden wir die Initiative so unterstützen.

Der Rat beschliesst mit 35 Ja zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!»-Initiative) wird zugestimmt und der Gemeinderat wird dazu ermächtigt, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen

7. Nr. 535

Fragestunde

Frage 1

Verkehrserziehung von Schülerinnen und Schülern

Dominique Häring, Fraktion Die Mitte-EVP

GR Rahel Graf: Eine kleine Prämisse: der Schulweg liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Eltern oder der Erziehungsberechtigten. Eine Begleitung der Kinder auf dem Schulweg kann also nicht von der Schule gewährleistet werden, es bräuchte für all deine Vorschläge und Fragen eine Elterninitiative. Trotzdem wird natürlich das Thema «Sicherer Schulweg» auf der Primarstufe in unterschiedlichster Art und Weise behandelt, sogar im Kindergarten, z.B. kommt die Polizei in den Unterricht, es wird gelehrt, wenn man über die Strassen läuft, das wird also sehr früh eingefädelt. Die Abteilung Bildung, Freizeit, Kultur könnte sich sehr gut vorstellen im Rahmen ihrer Aktivität, insbesondere mit unserem Label kinderfreundliche Gemeinde die Eltern über die Möglichkeit eines Bike- oder Pedibus zu informieren und eine eventuell entstehende Elterninitiative zu koordinieren und zu unterstützen und somit selbst die Organisation der Eltern voranzutreiben.

Wo diese Angebote umgesetzt werden könnten, das würde natürlich vom Interesse der Eltern abhängen. Bisher ist allerdings von der Elternseite nichts an die Schule gelangt, das irgendwie in diese Richtung gegangen wäre. Ich komme jetzt zu der Beantwortung deiner Fragen:

Frage 1: Ist die Gemeinde Pratteln bereit, in Form eines Pilotprojektes den Bike-Pass zu versuchen? Wenn das Bedürfnis besteht, würden wir das durchaus unterstützen und der Bike-Pass ist bis jetzt aber noch nie thematisiert worden, auch in der Schule jetzt nicht. Wir bräuchten, wie gesagt, Eltern oder Personen, die das Projekt aktiv unterstützen und betreiben würden.

Frage 2: Wie sieht die Gemeinde die Möglichkeit des Pedibüs? Vor ca. 10 Jahren hat man schon einmal versucht, den Pedibüs einzuführen, das Projekt ist allerdings an mangelnder Unterstützung von Seiten der Eltern gescheitert. Vor 3 Jahren hat Erlirat, das ist das Schülerinnenparlament des Erli, mit Personen aus Politik, Verkehr und Polizei einen Abend zum Thema Elterntaxi gestaltet, sogar das und die Rückmeldung der Schulleitung war, dass dieser Anlass leider sehr mager besucht war von den Eltern und auch an diesem Anlass haben sich leider keine Eltern oder Erziehungsberechtigte gefunden, die interessiert gewesen wären, das Thema so anzugehen.

Frage 3: Wären auch beide Varianten möglich in zwei verschiedenen Schulhäusern? Ja, allenfalls wären für unterschiedliche Schulhäuser unterschiedliche Varianten möglich. Es ist ja auch so, dass es Familien gibt, die Kinder in verschiedenen Schulhäusern haben, das müsste man sich anschauen.

Frage 4: Welche Unterstützung würden hier die Primarschulen und die Schulleitung bieten können? Wie gesagt, die Schule ist nicht zuständig für den Schulweg, aber sie informiert und sensibilisiert die Eltern. Zum Beispiel ist jetzt gerade so ein Flyer herausgekommen für das Velo, dass man das Licht haben muss am Velo und so, das wird den Kindern mit nach Hause gegeben. Bevor die Kinder ins Erli kommen und im Erli kommen sie in der Regel in grösserer Zahl z.B. mit dem Velo, so werden die Eltern an einem Informationsabend über die Thematik informiert. Es werden Empfehlungen ausgesprochen, es wird über Erfahrungen berichtet und es gibt via Eltern-App Informationen an die Eltern zum Thema Velo. Alle Klassen im Erli behandeln das Thema am Elternabend mit den jeweiligen Eltern. Im Erli wird ab der 3. Klasse jedes Jahr, am Anfang des Schuljahres ein Velofahrtraining gemacht. Dazu gehört das Velofahren zuerst auf einem geschützten Areal, also auf dem Fussballplatz mit einem Veloparcour und dann gibt es noch Fahrtraining am Erlihügel, der ist ja bekanntlich relativ steil.

Das Velo und wie man damit fährt, das wird im Unterricht thematisiert und ist immer vom Sommer bis zu den Herbstferien in allen Klassen ein Thema. Die Kinder von der 4. bis zur 6. Klasse haben die Möglichkeit quasi zu beweisen, dass sie ihr Velo im Griff haben, das ist jeweils die Klassenlehrperson, die zuständig ist und wenn sie zeigen können, dass sie den Erlihügel sicher durchabkommen und sich nicht gefährden oder andere Kinder nicht gefährden, dann bekommen sie einen Velokleber und mit dem Velokleber sind sie berechtigt, an den oberen Veloparkplatz zu gehen und auch von dort nachher wieder runterzufahren. Die kleineren Kinder, also die von der 3. Klasse, die müssen am unteren Veloparkplatz parkieren, die dürfen also nicht bis ganz oben.

Frage 5: Welche Massnahmen nebst der Velofahrstunde mit der Kantonspolizei gibt es sonst noch, um die Verkehrssicherheit zu lernen und Nachhaltigkeit zu behalten? Wir haben auch die Gemeindepolizei dabei bei diesem Fahrtraining, wie gesagt, es gibt auch Flyer-Aktionen und auch die Gemeindepolizei ist jetzt vor allem im Herbst, wenn es dunkel ist, sind sie dort und weisen die Kinder darauf hin, dass sie Licht haben müssen und auch wenn sie ein falsches Fahrverhalten darlegen, dann werden sie darauf hingewiesen.

Frage 2

Aufteilung der Steuerzahlungen zwischen Kanton und Pratteln

Dieter Stohler, FDP

GR Silvia Lerch: Das ist eine interessante Aufklärung, die alle interessiert. Wir haben zum Glück jetzt auch auf der Verwaltung nicht grossen Andrang gehabt. Die Aufklärung hat offenbar im Vorfeld gut funktioniert laut Verwaltung und die Leute haben sich zwar teilweise erkundigt, telefonisch wie auch am Schalter, aber so weit ist das eigentlich reibungslos vonstattengegangen bis jetzt.

Frage 1: Wurde das offenbar neu zusammengestellt Inkasso mit dem Kanton abgesprochen? Wurde darüber informiert? Ja, die Übergabe des Steuerbezugs an Kanton ist per Steuerjahr 2025 mit dem Kanton abgesprochen und mit der entsprechenden notwendigen Vorlaufzeit angekündigt worden. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten sind in der Leistungsvereinbarung festgehalten. Die ist im August 2024 von beiden Seiten unterschrieben worden.

Dort ist der Leistungsumfang auch geregelt. Der Dienstleistungsumfang beinhaltet die Staatsgemeinde, die Kirchensteuer sowie auch die Feuerwehersatzabgabe und wird auch künftig in einer gemeinsamen Rechnung dargestellt. Das Vorgehen ist jetzt ein üblicher Ansatz, der bereits in den anderen Kantonen und auch bei uns in den anderen Gemeinden so gehandhabt wird. Es wird für den gesamten Steuerbezug so angewendet. Das Gleiche gilt auch für Inkasso. Die Überträge des Steuerbezugs an den Kanton wurden am 6. Dezember 2024 auf der Webseite der Gemeinde Pratteln publiziert und im Prattler-Anzeiger auch angekündigt. Alle Steuerpflichtigen der Gemeinde sind mit einem Schreiben zusätzlich am 13. Januar 2025 noch einmal über die Übergabe des Kantons informiert worden. Auch wurde informiert, dass das Ganze ab dem Steuerjahr 2025 gilt und ab dann der Kanton zuständig ist.

Frage 2: Wie erfolgt die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Kanton und Gemeinde, wenn die Staats- und Gemeindesteuer von der Einwohnergemeinde nur noch einen Gesamtbetrag einbezahlt wird? Also die Aufteilung erfolgt immer proportional, das heisst, jeder bekommt proportional das, was er zu gut hat, von dem, was bis jetzt reingekommen ist.

Frage 3: Was bedeutet die proportionale Aufteilung? Auch wenn schon Vorleistungen gemacht worden sind, man Steuervorauszahlungen gemacht hat oder eben Verzugszinsen hat? Die Steuerpflichtigen wurden auch zur Transparenz darüber informiert und gehandhabt, dass Pratteln den Schlussstrich zieht im 2024. Man hat das abgeschlossen und was noch an Guthaben da gewesen ist, ist den Steuerpflichtigen zurückerstattet worden. Das hat offenbar, was ich bis jetzt mitgekriegt habe, sehr gut funktioniert, ich habe das selber von den Familien erfahren und auch das ist zeitgemäss erledigt worden.

Was Inkasso angeht, die Angelegenheiten, die noch hängig sind, bleibt weiterhin die Aufgabe der Gemeinde und zwar alles bis und mit Steuerjahr 2024. Alles Weitere ab dem Steuerjahr 2025 ist jetzt die kantonale Verwaltung zuständig.

Frage 4: Macht gemeint Pratteln eine Prüfung/Plausibilisierung der Aufteilung oder muss Pratteln einfach nehmen, was ihm der Kanton an Steuereinnahmen zuteilt? Es ist jetzt aufgrund der proportionalen Aufteilung eigentlich gut gelaufen. Die Gemeinde bekommt täglich Geld vom Kanton und wir haben auch Transparenz in der Übersicht. Wir haben ein separates Konto bei der BLKB auch eröffnet, das nur für die Steuerzahlungen da ist, damit wir auch eine gute Übersicht haben über die Eingänge, darum ist es für uns eigentlich klar ersichtlich? Wir bekommen auch monatlich noch eine Übersicht, in dem man das Ganze auch zusätzlich noch nachvollziehen kann.

Frage 5: Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der aktuelle Modus funktioniert und die Gemeinde Pratteln somit insgesamt den richtigen Anteil an den konsolidierten Steuerzahlungen zugeteilt erhält? Ja, wir sind bis jetzt zufrieden und aufgrund der bisherigen Erfahrungen sind wir der Ansicht, dass wir das auch so weiter handhaben können. Wir sehen keinen Grund zurzeit, dass das Vorgehen nicht korrekt sein könnte.

Die Fragen sind beantwortet.

8. Nr. 3482

Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Prüfung digitale Personendaten der Gemeindeangestellten

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

9. Nr. 3483

Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Prüfung weiterer Kooperationen mit umliegenden Gemeinden

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

10. Nr. 3505

Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Labels der Gemeinde Pratteln: Verzicht

GP Stephan Burgunder: Lieber Silvio, Dankeschön für deine Einladung. Er lädt den Gemeinderat ein, auf die Einführung von neuen Labels und die Weiterführung der bestehenden Labels zu verzichten. Bezüglich der Einführung von weiteren Labels kann ich sagen, aktuell haben wir keinen Plan, um etwas einzuführen. Ich kann dir garantieren, während meiner Amtszeit wird es kein neues Label mehr geben. Zum zweiten Punkt: Die Weiterführung der Labels: Wir haben die beiden Labels Grünstadt und kinderfreundliche Gemeinde, die noch sehr jung sind, vom Einwohnerrat, überwiesen bekommen und den Auftrag bekommen, die Labels so zu machen. Da sind wir laufend dran, jetzt beim ersten sogar am Rezertifizieren. Wir sind der Meinung, dass wir jetzt nicht auf die Labels verzichten wollen und würden deine Einladung in dem Fall gerne ablehnen und weiterhin die Labels so weiterführen wie in der Vergangenheit.

Silvio Fareri: Danke vielmals für deine Worte Stephan und auch für deine Zusicherung. Ich werde dich beim Wort nehmen und bin dann gespannt bis zum 30. Juni, was dann gehen wird. Ich finde es leider eine verpasste Gelegenheit. Die finanzielle Lage der Gemeinde sieht nicht rosig aus. Zielführender wäre doch, wenn wir hier Geld wirklich konkret in Massnahmen hineinleiten würden, wie dass wir hier für das gute Gewissen für Labels Geld an Organisationen zahlen. Bei diversen Gemeinden im Kanton hat ein Umdenken stattgefunden, notabene auch bei solchen, die zum Teil eine linksgrüne Mehrheit haben. Sie haben festgestellt, dass es manchmal nicht mehr der Zeit geschuldet ist. Wir haben mittlerweile deutlich fortschrittlichere Gesetze, auch auf kantonaler Ebene beim Umweltschutz z. B. aber auch in anderen Bereichen, welche diesen Anliegen Rechnung tragen. Ich halte an meiner Einladung fest, dass der Gemeinderat darauf verzichten kann.

Fabian Mendelin: Die SVP Pratteln unterstützt das Postulat. Wir sind überzeugt, dass die Zeit der Labels abgelaufen ist. Die Zertifizierung hatte früher eine Funktion. Es ging darum, Bewusstsein für zum Beispiel Umweltthemen zu schaffen und den politischen Weg aufzuzeigen. Heute ist die Sache aber anders, es gibt Gesetze, Vorschriften, Alltagspraxis, jetzt längst klare Standards. Für das braucht es keine teuren Labels mehr. Die Gemeinde hat gerade jetzt, da wir finanziell schauen müssen, keine Ressourcen für die Bürokratie und zusätzliche Kosten. Wenn wir auf Labels verzichten, heisst das nicht, dass wir einen lockeren Kurs in Sachen Energie oder Klimapolitik fahren. Es heisst nur, dass wir pragmatisch und verantwortlich mit unseren Mitteln umgehen. Mehrere Gemeinden im Baselbiet machen das schon und sie zeigen, dass es ohne Probleme geht. Die SVP sagt darum klipp und klar: Schluss mit Labelpolitik, wir setzen auf Tat statt Zertifikat.

Billie Grether: Wir von den Unabhängigen Pratteln sind entschieden dafür, dass die Labels einen grossen Stellenwert haben. Wir sind für nicht Überweisen. Es hilft sicher der Gemeinde, sich zu professionalisieren und es hilft verschiedene Bereiche zusammenzuführen, bei denen man vielleicht gar nicht darauf käme. Es ist ein Audit. Viele, die in der Wirtschaft tätig sind, kennen die Audits und wissen vom Nutzen eines Audits. Es ist ein Nutzen für alle; für die Gemeinde, für die Bevölkerung und nicht zuletzt für die Qualität unserer Gemeinde. Es wird überprüft, was gemacht wird. Wenn man sagt, man ist jetzt schon mit dem Wissen am Ende

und es ist schon alles gesagt oder gemacht, was man machen kann, glauben wir das nicht. Da gibt es noch ganz viel Luft nach oben. Deshalb sind wir dafür, dass wir das Postulat nicht überweisen.

Patrick Eichenberger: Es war uns schon im Mai klar, als Silvio Fareri eine Interpellation zu diesem Thema eingebracht hat, dass das Postulat der zweite Schritt sein wird. Wenn er damit Erfolg hat und wenn dann einmal alle unsere Selbstverpflichtungen, sprich das Zertifikat und die Labels, alle abgeräumt sind, kommt dann wahrscheinlich der nächste Schritt und es wird versucht werden, jede einzelne Massnahme anzugreifen, zurückzunehmen und zu verhindern. Man sagt dem Salami-Taktik und wir von der SP machen das Spiel nicht mit. Auch die Argumente des Postulanten überzeugen uns nicht. Es macht zwar von Fall zu Fall Sinn, dass man andere Gemeinden anschaut und wie sie ihre Probleme lösen. In diesem spezifischen Fall macht aber das «Spicken» bei anderen keinen Sinn, weil sich daraus keine Verbesserung ergibt. Im Gegenteil, wir fallen zurück in finstere Zeiten. Alle in den letzten Jahren erreichten Fortschritte werden letztlich zum Scherbenhaufen. Im Gegensatz zum Postulanten haben wir eine Perspektive, die nicht nur Kosten ins Auge fasst, sondern auch den Nutzen. Wer will bestreiten, dass das ganze Fachwissen, das wir von den verschiedenen Organisationen bekommen haben und bekommen, uns vorwärtsbringt bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung von Pratteln. Zu dieser Nachhaltigkeit zählt eben auch, dass wir im Wettbewerb zwischen den Gemeinden die Nase möglichst weit vorne haben, dass die Menschen die bessere Lebensqualität bei uns wahrnehmen, ihren Lebensmittelpunkt nach Pratteln verlegen und auch bei uns Steuern zahlen. Es braucht nur ganz wenige, die das machen und die Kosten sind kein Thema mehr. Unsere Devise lautet also, »tue Gutes und sprich darüber«. Darum bitte ich euch, das schädliche Postulat nicht zu überweisen.

Didier Pfrter: Die FDP-Fraktion wird das Postulat unterstützen. Man muss auch berücksichtigen, dass es mit den Kosten für das Label nicht gemacht ist, sondern es gibt auch erhebliche Kosten und Aufwand für das Personal, die das alles rechtfertigen müssen, also viel Administration. Ich möchte mich dem Postulanten und auch der SVP anschliessen. Das Geld wäre besser investiert in konkrete Massnahmen statt ins Rechtfertigen, was man macht. Ich habe das selbst jahrelang erlebt. Ich war 35 Jahre im EDA. Man hat immer mehr rechtfertigen müssen, was man macht und es ist immer wichtiger geworden, dass man alles gut gerechtfertigt hat, als was man effektiv gemacht hat. Es ist eine Unsitte unserer Zeit. Man hat kein Vertrauen mehr in die Leute, dass sie das Richtige machen, sondern man muss alles vorschreiben und kontrollieren, rechtfertigen, ein unglaublicher Leerlauf. Byzanz ist daran zu Grunde gegangen und ist bis heute ein geflügeltes Wort mit «die byzantinischen Verhältnisse». Wir sind auf dem besten Weg dazu und verbringen bald mehr Zeit zu rechtfertigen, als wirklich etwas zu machen.

Silvio Fareri: Danke vielmals für die Wortmeldung. Ich würde noch gerne Replik auf die Ausführungen von Patrick Eichenberger nehmen. Es bestehen heute schon sehr viele gute Massnahmen und es liegt mir fern, diese mit einer Salamitaktik weiter zu bekämpfen oder beziehungsweise zurückzunehmen. Dafür ist meine politische Macht hierin zu gering. Die Gemeinde darf durchaus auch weiterhin mit Organisationen wie aber auch mit anderen Gemeinden, wie auch mit Fachstellen des Kantons reden, nicht dass Gemeindeangestellte den ganzen Tag auf dem Stuhl sitzen und warten, bis sie von irgendeiner Organisation eine Anweisung bekommen, was sie als nächstes tun müssen. Sie haben natürlich die Möglichkeit, weiterhin selbst aktiv zu werden. Deshalb finde ich es nach wie vor, es wäre eine verpasste Chance, wenn wir jetzt doch lieber das Geld in konkrete Massnahmen investieren. «Tue Gutes und sprich darüber» ist übrigens gratis und kostet nichts.

Mauro Pavan: Es erstaunt schon ein bisschen das ausgerechnet von der selbsternannten Familienpartei Die Mitte ein Antrag kommt, unter anderem das Label «Familienfreundliche Gemeinde» abzuschaffen. Selbstverständlich ist Geld besser investiert, wenn man es in konkrete Massnahmen investiert. Das Problem ist, dass das regelmässig an der rechten Ratsseite scheitert, wenn wir konkrete Massnahmen umsetzen möchten. Genau darum ist es so wichtig, dass wir die Labels haben, weil das eine Selbstverpflichtung der Gemeinde ist, die stabiler ist und über die Legislatur sowie aktuelle Parteizusammensetzung hinausgeht. Mit den Labels können wir eben die Massnahmen dann auch umsetzen und nicht einfach befinden, wir haben

kein Geld dafür und setzen etwas für die Familienförderung oder Umweltschutz deswegen nicht um. Darum gehört das Postulat abgelehnt.

Andreas Seiler: Zu Mauro Pavan: Ich weiss zwar nicht, was die rechte Ratschälfte so viel verhindert hat, denn Rot und Grün haben ja zusammen 20 Stimmen der 40 Wohnerrätinnen und -räte sowie den Stichtscheid des Präsidenten. Haben wir heute ja gesehen. Dieses Postulat ist zwar formuliert als Einladung mit der Weiterführung von Labels zu verzichten. Es ist keine verbindliche Motion, sondern es ladet den Gemeinderat ein, zu prüfen und zu berichten. Ich werde für Überweisung stimmen, denn ich würde gerne vom Gemeinderat wissen, welche Labels er weiterführen will und wieso und wo er dann den Nutzen sieht. Dieser Bericht ist wertvoll für die Diskussion und ob es am Schluss etwas bringt oder nicht.

Bernhard Zwahlen: Das Postulat ist nicht so formuliert, wie Andreas Seiler jetzt gesagt hat. Wenn der Gemeinderat Geld ausgeben soll, um zu prüfen, was ein Label bringt, dann sagt ihr jetzt dem Gemeinderat, gib Geld aus und prüfe, was die Labels bringen. Der Gemeinderat hat gerade vorher gesagt, dass die Labels etwas bringen und er das Postulat nicht entgegennehmen will. Wenn wir jetzt die Labels abschaffen, dann treibt man die Kosten bei gewissen Sachen in die Luft. Ich will eine kinderfreundliche Gemeinde. Ich bin eine Fachperson zu diesem Thema und wenn ich nicht weiss oder, wenn ich merke, dass die Gemeinde dort nichts macht, dann bringe ich immer wieder neue Postulate. Ihr kennt mich. Ihr habt das nicht gerne und das kostet auch Geld. So ein Label sorgt dafür, dass man nicht ständig mit neuen Ideen kommen muss. Die Labels haben Ideen und die kommen zur Gemeinde und sagen, das ist eine Idee, die ihr umsetzen könnt für eine kinderfreundliche Gemeinde. Wenn ihr das umsetzt, dann habt ihr den positiven Effekt daraus. Das zahlen wir, weil das günstiger ist, als wenn jeder hier drinnen irgendwie mit Postulaten und Vorstössen kommt und somit den Gemeinderat und die Verwaltung belastet. Deswegen ist das Postulat bitte nicht zu überweisen.

Patrick Weisskopf: Ich würde auch das Postulat nicht überweisen. Für mich ist es geschrieben wie eine Interpellation. Der Gemeinderat ist eingeladen, auf die Einführung von neuen Labels und die Weiterführung von bestehenden Labels zu verzichten. Es ist nicht ein Prüfen und Berichten. Ich glaube, dass die Zertifikate und Labels, etwas bringen. Man kennt das aus der Wirtschaft und flucht über das ISO, man flucht über das GNTB, aber trotzdem hilft es eben auch in den administrativen Prozessen die Sachen zu vereinfachen. Wenn ich weiss, dass ein Partner eine Zertifizierung hat, dann kann ich auf das Vertrauen und muss es nicht mehr hinterfragen. Das erwarte ich auch, wenn ich in einem Einkaufsverhältnis bin und etwas anfrage, dass man das Zertifikat vorweisen kann und dann ist das für mich erledigt. Wenn sie es nicht haben, bekommen sie eine grosse Fragenliste. Das wollen wir ja nicht. Bei den Grünstädten erwarte ich, dass die Verwaltung dank einem solchen Label auf einen Investor zugehen und zeigen kann, schau, das haben wir gemacht, das fordern wir, das wollen wir. Damit haben sie bereits etwas in der Hand, was sehr viel Verhandlungszeit spart. Energiestadt: Was haben wir hier, was wollen wir? Unsere Standards wollen wir einhalten und können sie den Investoren vorweisen. Das hat uns eine Aussensicht auch bestätigt, dass wir das machen und wir das haben wollen. Es ist eben ein Qualitätssiegel und mit dem sollten wir ins Rennen gehen. Damit können wir Pratteln stark machen und das ist der Wert dieser ganzen Zertifikate und Labels.

Emil Job: Ein wesentlicher Aspekt wird einfach ignoriert von diesen Labels, nämlich dass die ganzen Werte, die da drin sind, immer weiterentwickelt werden durch die Labels, durch die Audits. Das ist der wesentlichste Aspekt am Ganzen. Wenn wir die nicht mehr haben, dann fallen wir zurück, es wird nicht mehr geschaut und vor allem wird es nicht mehr hinterfragt. Das ist wichtig und deshalb brauchen wir die Labels.

Mauro Pavan: Ich widerspreche Patrick Weisskopf in einem Punkt und gebe dort Silvio Fareri völlig recht. Formell ist das absolut korrekt. Du darfst selbstverständlich den Gemeinderat zu einem bestimmten Vorgehen im Bereich der Verwaltung einladen. Genau das ist ein Postulat und genau darum lehnen wir das ab. Wenn es jetzt nur eine Interpellation oder nur Fragen wären, auch wenn es ein Postulat wäre, welches wir prüfen und berichten wollen, was die Labels bringen, wie das Bernhard Zwahlen formuliert hat, dann hätten wir überhaupt kein Problem damit. Aber du willst ganz offensichtlich, dass wir die Labels abschaffen. In diese Richtung

möchtest du «pushen» und darum lehnen wir sie ab. Ich lade dich sehr gerne dazu ein, selber Vorstösse zu bringen als Vertreter der Familienpartei, um die Gemeinde noch familienfreundlicher zu machen. Wenn wir dann irgendwann soweit über das Ziel hinausgeschossen sind mit Familienfreundlichkeit und mit Grünstadt, dass wir tatsächlich auf die Labels verzichten können, dann sind sogar wir offen dafür, dass sie tatsächlich nicht mehr nötig sind.

Martin Stohler: Ich schlage mich den ganzen Tag mit Labels und Zertifikaten rum im Geschäftsleben. Mittlerweile bin ich überzeugt, dass zwei bis drei Angestellte, also 1 bis 2% von uns, sich auseinandersetzen müssen, was alles dort drinsteht und was wir machen müssen. Am Schluss ist es einfach der gesunde Menschenverstand, der dort einfach noch schriftlich festgehalten ist. Für mich ist meistens ein Label oder ein Zertifikat etwas, wo man sich dahinter verstecken kann. Man muss keine Verantwortung übernehmen, es trifft einem keine Schuld, wir sind ja auch hinten dran und das halten wir jetzt einfach ein. Dann müssen wir noch unterscheiden zwischen Labels, die mehr auf die Gesellschaft gehen und Labels, die mehr auf die Umwelt gehen oder in die Technik usw. Gewisse Labels sind in Ordnung, das kann ich unterstützen, aber andere sind einfach eine Geldmacherei mit Abgaben und Papier und Formularen, die wir heute ausfüllen und nachher niemand mehr anschaut. Das kann ich euch garantieren. Es interessiert nachher niemand mehr, aber wir haben alle etwas bezahlt und irgendjemand hat etwas herausgezogen. Für mich ist ein Label mit diesen Zertifikaten, die wir heute haben, ein Schutzschild für einen gewissen Teil der Gesellschaft. Man kann sich dahinter verstecken und dann ist es gut. Je mehr Label es gibt, desto mehr Labels «beissen» sich. Im Bau sind wir momentan gewissen Labels ausgesetzt, die wir erfüllen müssen, sich aber gegenseitig aufheben. Wenn wir den gesunden Menschenverstand walten lassen, kommen wir besser voran. Es wird dann vielleicht das eine oder andere Postulat mehr geben, aber ich würde das Postulat gerne so zur Kenntnis nehmen.

Dieter Stohler: Mir ist es als überzeugter Demokrat jedenfalls viel sympathischer, wenn demokratisch legitimierte Behörden wie der Gemeinderat und der Einwohnerrat wissen, was wir machen wollen, als dass ein sehr gut bezahlter und teurer Auditor sagt, was das Richtige für Pratteln ist.

Urs Schneider: Mauro Pavan hat vorhin gesagt, macht doch Vorstösse, wenn man diese Label nicht will, damit wir auch sagen können, wir brauchen sie wirklich nicht. Mir ist die Energiestadt und die Grünstadt ein Dorn im Auge, aber nicht, weil ich das nicht gut finde, sondern weil ich auch Vorstösse in diese Richtung mache und nicht vorgeschrieben haben will, was ich machen muss. Wegen mir setzen wir mehr Bäume, wegen mir haben wir alle Heizungen der Gemeinde überarbeitet und kontrolliert, wegen mir haben wir alle Flachdächer angeschaut. Das sind doch die Massnahmen, die machen Spass. Wir selber wollten das, haben es umgesetzt und von der Verwaltung bearbeiten lassen. Ich will das selbst entscheiden können und finde es schade, wenn ein Audit gemacht wird und es dann heisst, das müsst ihr noch, das müsst ihr noch und das müsst ihr noch. Ich weiss, was ich will und was mir und der Gemeinde guttut. Dann mache ich einen Vorstoss dazu, ohne dass wir ein Label haben.

Mauro Pavan: Ich stelle den Antrag auf Schluss der Diskussion. Ich glaube, die Meinungen sind gemacht zur Überweisung des Postulats. Wenn noch jemand anderes auf der Rednerliste ist, dann kann der selbstverständlich noch aufgerufen werden. Falls mein Ordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste durchkommt, dann wird die damit nachher geschlossen. Urs Schneider, ich danke dir für die Vorstösse, die du in diese Richtung machst und genau das sichert ja auch, dass wir diese Labels haben und behalten können.

Christoph Zwahlen: Niemand meldet sich mehr, deshalb müssen wir nicht über den Ordnungsantrag abstimmen.

Der Rat beschliesst mit 19 Ja- zu 19 Nein-Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten:

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

11. Nr. 3506

Verfahrenspostulat, Fraktion Die Mitte-EVP Pratteln, Silvio Fareri, Teilrevision ER-Geschäftsreglement: Anpassung § 16 Fraktionen

Christoph Zwahlen: Die Mitte/EVP-Fraktion stellt den Antrag, den §16 des Geschäftsreglements des ER so zu ändern, dass die Sitzung in den ständigen Kommissionen und die vom Büro trennt voneinander zu bestimmen sind. Das Büro hat diese Frage diskutiert und kann darin keinen Nutzen für den Einwohnerrat erkennen. Die Arbeit im Büro ist in unseren Augen genauso wichtig, wie die von allen anderen Kommissionen und deswegen stellt das Büro den Antrag auf Nichtüberweisung.

Silvio Fareri: Danke vielmals dem Präsidenten für die Ausführungen, ich widerspreche ihm nicht. Ich stelle das mit meinem Verfahrenspostulat aber auch gar nicht in Abrede. Es geht ja nur darum, dass das Büro eine andere Aufgabe hat als eine Sachkommission, mehr der Organisation des Einwohnerrats dient und auch laut unserem geltenden Geschäftsreglement auch ein anderes Organ ist. Bei der Überarbeitung des Geschäftsreglements, ist mir leider nicht aufgefallen, dass wir dort einfach ein Problem haben im geltenden Reglement. Wir haben die Organe der Kommissionen und wir haben das Büro, das ist auch als ein separates aufgeführtes Organ dort drinnen aufgeführt und dementsprechend muss auch die Sitzverteilung anders geregelt werden. Das möchte ich deshalb mit meinem Verfahrenspostulat erzielen. Sonst folgere ich einfach entsprechend heraus, dass ich das bei der nächsten Wahl bis vor den Regierungsrat weiterziehen muss.

Mauro Pavan: Das fände ich jetzt noch spannend, wenn der Regierungsrat darüber entscheiden dürfte, wie wir unser Einwohnerratsreglement gestalten und die Sitzverteilung machen. Ich möchte zuerst ein Votum halten als Fraktionssprecher. Die Mehrheit meiner Fraktion ist, soweit ich das zumindest in Erinnerung habe, gegen das Verfahrenspostulat. Ursprünglich wurde es einmal so definiert, dass alle einwohnerrätlichen Kommissionen, wo das Büro eine davon ist, zusammenlegt und die Gesamtzahl der Sitze verteilt, damit die kleineren Parteien, also Parteien wie Die Mitte oder die EVP, überhaupt zu Sitzen kommen und nicht komplett ausgeschlossen werden. Die Mehrheit der SP-Fraktion sieht das auch nach wie vor so. Im Moment ist im Kanton die Diskussion darüber, dass man dort das Sitzverteilungsverfahren der Landratssitze ändert, was zur Folge hätte, dass die kleineren Parteien weniger benachteiligt sind, als sie das bis jetzt sind. Die SP unterstützt das auch dort. Ich persönlich würde dem Postulat von Silvio Fareri zustimmen. Von mir aus können wir das gerne machen. Ich habe noch einmal nachgerechnet, wie es mit der aktuellen Sitzverteilung im Einwohnerrat aussehen würde mit den Kommissionssitzen. De facto sieht es genauso aus, wie es jetzt gerade ist, nämlich dass wir den zweiten Bürositz dann auch rein rechnerisch hätten, worauf ihr einfach freiwillig darauf verzichtet hättet. Rein theoretisch könnte man es auch so machen, wie das in anderen Räten auch stattfindet, dass man jede Kommission einfach separat berechnet und nach Parteienschlüssel verteilt. Ich kann dir nicht sofort ausrechnen, wie die Verteilung dann aussehen würde, kann dir das aber gerne zur Verfügung stellen. Ich würde mir gut überlegen, ob du das Postulat nicht lieber zurückziehen willst. Wenn das so umgesetzt würde, wie du es beantragst, würde deine Fraktion am meisten Schaden davontragen.

Der Rat beschliesst mit 21 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat wird an das Einwohnerratsbüro überwiesen.

12. Nr. 3507

Postulat, U/P, Billie Grether, Postulat für ein kommunales Sportanlagenkonzept

Billie Grether: Sport vereint alle. In diesem Prozess, wo in Pratteln gebaut und geplant wird, ist es unglaublich wichtig genau hinzuschauen. Ich habe ganz viele Sachen im Postulat erwähnt. Ich möchte beliebt machen, das anzunehmen, so dass man jetzt schaut, dass genügend Flächen frei sind oder Hallen geplant werden. Dies auch in Kooperation mit den Nachbargemeinden und Kanton. Im Moment gibt es auch noch Gelder vom Bund und von Vereinen.

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

13. Nr. 3508

Beantwortung Interpellation, Fraktion der U/G, Bernhard Zwahlen, Bahnersatzverkehr, Station Salina Raurica

GR Petra Ramseier: Wir haben bei der SBB nachgefragt und ihnen diese Fragen auch weitergeleitet. Ich habe hier jetzt die Antwort der SBB, die ich vorlesen kann, wir können vielleicht nachher noch kurz dann schauen, was die Gemeinde macht.

Frage 1: Ist die SBB über diesen unzufriedenstellenden Zustand informiert? Nein, den haben sie nicht gekannt, er war weder der Verwaltung noch dem Gemeinderat bekannt, also auch nicht der SBB.

Frage 2: Warum liegt die Ersatzhaltestelle nicht direkt am Bahnhof Salina Raurica? (Welche Fahrtwege für den Ersatzbus wurden geprüft? Wie könnte dies in Zukunft möglich sein?) Ein direktes Anfahren der Haltestelle Salina Raurica ist mit Standard- und Gelenkbus wegen der engen Strassenverhältnisse nicht möglich und die fehlende Wendemöglichkeit verhindert das Anfahren vom Bahnhof direkt. Vor Ort beim Bahnhof fehlen geeignete Haltekanten mit der entsprechenden Infrastruktur, also nach Behindertengesetz und Stelen etc. Darum ist auf einer bestehenden Bushaltestelle mit entsprechender Infrastruktur in der Nähe ausgewichen worden.

Frage 3: Wird oder wurde auch die Bushaltestelle Augst Stundenglas als Ersatzhaltestelle in Erwägung gezogen? Und könnte die Ersatzhaltestelle zukünftig dorthin verschoben werden? Der Fussweg zum Augst/Stundenglas ist länger als derjenige zum Prattler Längipark. Zum Stundenglas sind es 750 Meter, ungefähr 10 Minuten Gehweg und zum Prattler Längipark ist es etwa 6 Minuten Gehweg, 450 Meter. Vor allem im Fall eines ungeplanten Bahnersatzes war der kürzere Fussweg essentiell und für die SBB wichtig. Ausserdem gilt bei der SBB der Grundsatz, dass für geplante und ungeplante Bahnersatzfahrten immer der gleiche Halteort vorgeesehen ist, damit die Haltestelle auch einmal bekannt ist.

Frage 4: Wird zukünftig der Weg zur Bahnersatzhaltestelle (wie sonst überall üblich) ausgeschildert werden und am Bahnhof EINDEUTIG ausgeschildert? Die SBB hat intern nachgefragt und die Rückmeldung bekommen, dass das ordnungsgemässe Aufkleben der Kleber für den Ersatzbus bereits erfolgt ist und es auch richtig ist. Der Bahnersatzplan sollte ausserdem auch am Bahnhof Salina Raurica und auf den Gleisen als Aushang ersichtlich sein. Nachträgliche Ergänzungen und Nachrüstungen wären möglich, das müsste die SBB aber noch einmal prüfen.

Frage 5: Wenn keine andere Haltestation möglich ist: Wird der Feldweg zur Bahnersatzhaltestelle (zumindest provisorisch) beleuchtet? Der Mergelweg zwischen der Wylen- und Netzbodenstrasse sollte eigentlich bald einmal definitiv beleuchtet werden, also nicht provisorisch, sondern auch als Definitivum, da ist die Gemeinde dran. Der Fall ist noch nicht ganz abgeschlossen. Die Gemeinde wird auch weiter darauf schauen, wir können auch im Kontakt bleiben.

Bernhard Zwahlen: Die Interpellation habe ich gemacht, weil ich am Bahnhof gestanden bin und dort ein älteres Ehepaar gesehen habe. Mir könnte man sagen, dass ich einmal mehr nicht auf das Handy geschaut habe, ob der Zug fährt. Den älteren Leuten kann man das nicht sagen. Dann stehen sie in Salina Raurica am Bahnhof und der Zug kommt nicht. Es ist so schlecht angeschrieben, dass sie es nicht mal bemerkt haben. Dann muss ich diesen Leuten sagen, ihr müsst dort über das Feld (im Dunkeln) und dann irgendwelchen nicht vorhandenen Schildern folgen. Ich habe nämlich gesehen, wie die aufgeklebt sind. Das ist irgendein Strassenschild mit Fahrverbot und an dem dünnen Metallpföstchen ist ein Kleber dran, mit Pfeilen zum Ersatzverkehr. Wie will das ein Mensch, der nicht gut sieht, sehen? Ich wünsche mir, dass die Gemeinde tatsächlich dranbleibt und der SBB sagt, sie sollen besser ausschildern. Es ist nicht der Normalfall, dass der Ersatzbus so weit weg anhält. Wenn es nicht anders möglich ist, dann ist die SBB aus meiner Sicht verantwortlich, dass dieser Weg für alle Leute gut machbar ist. Den Weg zur eigentlichen Busstation gibt es nur, weil ich dazu einen Vorstoss gemacht habe. Ansonsten wäre dort ein Trampelweg über das Feld. Man hat dort also einfach mal eine Station gesucht, die nahe ist, ohne genau den Weg anzuschauen und das kreide ich der SBB an.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.53 Uhr beendet.

Pratteln, 24. November 2025

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen

Nurhan Tasdelen